

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

29. Sitzung
29. Januar 2024

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 16.43 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Schaustellergewerbe innerstädtisch erhalten
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0149](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich begrüße erst mal die Anzuhörenden in alphabetischer Reihenfolge, zum Ersten Herrn Hans-Dieter Laubinger, Geschäftsführer der Laubinger Event GmbH. – Herzlich willkommen, Herr Laubinger! – Zum Zweiten Herrn Michael Roden, Vorsitzender des Schaustellerverbands Berlin e. V. – Auch Ihnen ein herzliches Willkommen! – Und zum Dritten Herrn Thilo-Harry Wollenschlaeger, Schaustellerbetrieb Thilo-Harry Wol-

lenschlaeger, eingetragener Kaufmann. – Auch Ihnen ein herzliches Willkommen! – Dann gehe ich davon aus, dass wir wie immer ein Wortprotokoll machen nach § 26 Absatz 7 der Geschäftsordnung. – Das wird so gesehen und nicht widersprochen. Dann machen wir das so. Dann kommen wir erst mal zur Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktionen. – Das macht der Kollege Gräff für die CDU-Fraktion. – Bitte!

Christian Gräff (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank noch mal an die Anzuhörenden! Wir wissen, das geht von Ihrer Zeit ab, die Sie im Unternehmen oder für das Unternehmen unterwegs sein können. Vielen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben! Wir haben die Anhörung heute gemeinsam beantragt, und die anderen Fraktionen haben dankenswerterweise zugestimmt, weil Sie symbolisch für eine ganze Branche stehen, übrigens nicht nur für die Schaustellerinnen und Schausteller, sondern auch für den Einzelhandel und Gastronomie, die in einer besonders schwierigen Situation gerade nach der Coronapandemie sind, wo sicherlich auch Kunden weggebrochen sind und jetzt durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit Sicherheit auch bei dem einen oder anderen Besucher das Geld nicht mehr so locker sitzt. Gleichzeitig haben Sie auf der anderen Seite mit Sicherheit große Herausforderungen auch beim Thema Arbeitskräfte zu finden.

Ich möchte noch einen Punkt vorab ansprechen, vielleicht können Sie darauf auch noch mal eingehen, das Thema zentrale Feste. Wir haben, glaube ich, ein bisschen Schwierigkeiten damit, anders als Hamburg oder andere Regionen in Deutschland, als Stadt Berlin zentrale Feste überhaupt zu haben, vielleicht auch zu etablieren. Das ist bei so einer polyzentrischen Stadt schwierig. Nichtsdestotrotz, glaube ich, haben wir als Berlin auch eine Verantwortung, die wenigen zentralen Feste, die wir hatten und auch in dieser Form nicht mehr haben, zu unterstützen und auch Ihre Arbeit dabei zu unterstützen, weil das zu einer lebendigen Metropole dazugehört, solche Feste zu haben. Vielleicht können Sie dazu zwei, drei Bemerkungen machen und vor allen Dingen zu den Herausforderungen, die Sie im Alltag haben, beim Thema Genehmigungen und den Herausforderungen, die damit zusammenhängen.

Eine letzte Bemerkung: Ich war ehrlicherweise erschüttert über eine Pressemeldung in der letzten Woche, dass ein Bezirksbürgermeister der Auffassung war, dass er gegen das vom Parlament auch initiierte, durch den Senat unterstützte und auch vorangetriebene Vorhaben rechtliche Bedenken hätte, nämlich gegen die Rückzahlung der Sondernutzungsgebühren 2023, um eine ganz kleine Unterstützung für Gastronomen, für Schausteller, für den Einzelhandel zu geben in dieser extrem schwierigen Situation. Das sehen wir auch tagespolitisch ganz aktuell, und als jemand, der selbst aus dem Bezirk kommt, lange Verantwortung getragen hat und ein totaler Fan der Bezirke ist und des Subsidiaritätsprinzips, muss ich ganz ehrlich sagen: Wenn Bezirksamtsmitglieder, egal ob Stadträte oder Bürgermeister, so agieren, dass sie nur noch sozusagen das vollstrecken, was das Rechtsamt ihnen aufschreibt, dann brauchen wir keine Bezirksamter mehr, dann schafft man sich selbst ab. In dem Fall war es der Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg.

Das ist das Gegenteil von Macherinnen und Machern, die wir brauchen. Da bin ich wirklich erschüttert. Das werden wir an anderer Stelle auch noch mal auswerten. Ich erwarte, dass die Bezirke das, was das Parlament auf den Weg gebracht hat, umsetzen und sich nicht an die letzte Klammer des Rechtsamtes halten, da gibt es auch unterschiedliche Auffassungen, denn ich glaube, der Wille des Parlaments ist da entscheidend. – Vielen Dank, und wir freuen uns auf Ihre Ausführungen!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Frau Kollegin Wolff, Sie haben das Wort!

Dunja Wolff (SPD): Ein herzliches Willkommen natürlich auch von der SPD-Fraktion! Vieles ist schon gesagt worden. Ich glaube trotzdem, die Zeit geht noch weiter zurück. Auch der furchtbare Anschlag damals auf dem Breitscheidplatz hat seine Auswirkungen gehabt auf die damaligen Weihnachtsmärkte. Es ist eine ganze Menge passiert, auch durch die Coronakrise. Ich habe einen Auszug gefunden, den ich sehr gut finde, und ich glaube, der passt auch: Wo Jahrmarkt ist, ist pures Leben, 570 Jahre vor Christus festgestellt. Sie sind noch nicht so alt, aber dieses Gewerbe ist wirklich eines der ältesten. Das muss man einfach auch betonen.

Mir ist schon noch mal wichtig zu betonen, dass es wichtig für diese Stadt ist, dass wir das erhalten und dass wir das auch unterstützen. Deshalb sind wir heute hier zusammen. Es gibt vielleicht noch mehr mitzuteilen. Vielleicht kann der eine oder andere noch etwas zu den Dingen wie Mehrweggeschirr, Einweggeschirr sagen. Das hat im Detail für Sie große Auswirkungen, und es wäre nett, vielleicht auch darüber noch etwas zu hören. – Ich danke Ihnen für Ihr Kommen und bin gespannt auf Ihre Ausführungen. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann treten wir jetzt in die Runde der Stellungnahmen ein. Ich fange, wie gesagt, in alphabetischer Reihenfolge an. Ich bitte jeden um sein Statement so mit fünf, sechs Minuten, keinen längeren Vortrag. Damit wir die Chance haben, mit Ihnen zu diskutieren, macht es wenig Sinn, wenn Sie zu lange reden. Es gibt dann ein Antwort- und Fragespiel, wo Sie dann wieder erneut auf das, was die Kollegen hier antworten und fragen, antworten können. – Herr Laubinger, ich fange mit Ihnen an, und geben Sie uns bitte Ihr Eingangsstatement. – Bitte sehr!

Hans-Dieter Laubinger (Laubinger Event GmbH): Herzlichen Dank für die Einladung! – Ich stelle mich ganz kurz vor: Mein Name ist Hans-Dieter Laubinger. Ich bin seit 1978 selbstständig. Zu diesem Zeitpunkt bin ich nämlich wieder in das reisende Gewerbe eingestiegen. – Ich gehe mal ein wenig zurück: Vor der Wende hatten wir im Ostteil der Stadt jede Menge gute Einsatzmöglichkeiten für Schausteller. Jeder Stadtbezirk hatte ein Stadtbezirksfest, wo auch große Flächen ausgewiesen waren, wo neben Kultur, Handwerk und Handel auch Schausteller platziert werden konnten. Was ist davon übrig geblieben? – Eigentlich nichts mehr. Es gibt nur noch den Köpenicker Sommer und vielleicht das Fest an der Panke in Pankow. Da gibt es im Moment eine Ausschreibung, die nicht einfach ist. Deswegen sage ich, vielleicht wird es das noch mal geben. Natürlich muss man auch sagen, es ist der Weihnachtsmarkt in Mitte, oder aus einem Weihnachtsmarkt sind mehrere geworden. Das war in Ostberlin immer ein großer Anker für die Schausteller.

Wenn man den Westteil der Stadt beleuchtet, dann kann ich nur sagen, von diesen großen Festen, die wirklich weit in der Republik bekannt waren, ist auch nichts mehr übriggeblieben, vom Deutsch-Französischen, Deutsch-Amerikanischen Volksfest, Oktoberfest, Kreuzberger Festliche Tage, und auch am Klingelhöfer-Dreieck war immer ein Fest. Das Einzige, wo wir uns noch platzieren können, wo wir uns noch präsentieren können, ist im Moment der Zentrale Festplatz. Wir haben eigentlich genügend Themen, um in dieser Stadt qualitativ gute Volksfeste zu organisieren. Wir können natürlich auch das eine oder andere noch mal aufgreifen und wieder aktualisieren. Das waren wirklich hervorragende Inhalte.

Ich möchte Ihnen sagen, dass wir als Schausteller durchaus in der Lage sind, solche Feste zu organisieren. Das sieht man insbesondere an den Weihnachtsmärkten. Ich glaube, bis auf diesen Weihnachtsmarkt am Gendarmenmarkt werden alle großen Weihnachtsmärkte in Berlin von Schaustellern organisiert. Meine Firma organisiert den Weihnachtsmarkt am Roten Rathaus. Wenn auch andere Kommunen sich so eine Chance, ein Volksfest zu etablieren, damit nach außen zu gehen, Städtewerbung zu machen und Wirtschaft zu akquirieren – wenn das auch in Berlin so nicht möglich ist, weil es wahrscheinlich, wenn ich recht informiert bin, noch nie ein Zentrales Marktamt gegeben hat, es sind immer Einzelpersonen oder Schausteller oder der Schaustellerverband dort in die Bresche gesprungen und haben Feste organisiert. Wir Schausteller können das in einer guten Qualität leisten. Wir brauchen nur die Flächen dazu, und daran scheint es im Moment zu scheitern.

Wir hätten gerne ein Volksfest, das national oder auch international Beachtung findet, denn dann kommt so eine Stadt nach vorn und kann erhöhte Besucherzahlen registrieren und damit auch sehr viele Touristen in die Stadt holen. Die Weihnachtsmärkte zeigen es, wie viele Millionen Besucher diese Märkte haben und die alle mit einem positiven Eindruck von dieser Stadt nach Hause fahren und mit den Märkten die Stadt bekannt machen.

Ich möchte insbesondere noch mal auf die Sondernutzung hinweisen. Wir waren in Mitte schon mal ein gebranntes Kind und haben, obwohl es Beschlüsse gab, die Sondernutzung zurückzahlen, es nicht bekommen, als einzige Teilnehmer im Bezirk Mitte, nein, in dieser Stadt. Der Bezirk Mitte hat nicht zurückgezahlt.

Und ich finde, es gibt so große Ungleichheiten. Die kann man einfach nicht akzeptieren. Sie müssen sich mal vorstellen, dass insbesondere kleine Teilnehmer auf Weihnachtsmärkten diejenigen sind, die dieses Flair nach außen tragen, nämlich mit einem besonderen Artikel, mit Kunsthandwerk. Die zahlen für eine 3-Meter-Hütte circa 400 Euro Sondernutzung. Die Gewinne sind bei denen nicht so hoch, dass sie sagen, es ist kein Problem. Es wäre eine hervorragende Aufmunterung, wenn sie diese Summe zurückbekommen. Es ist ja nicht so, dass der Veranstalter das behält, sondern wir haben entsprechendes Regelwerk, wie wir das sammeln und an den Bezirk abführen. Dieser Weg retour wird ja wohl möglich sein. Jetzt haben wir wieder die gleiche Situation. Wir haben sicherlich alle beantragt, die Sondernutzungsgebühr zurückzubekommen, aber wir schauen mal, wie sich das entwickelt.

Ich möchte am Ende meiner kurzen Ausführungen noch herzlichen Dank dafür sagen, dass wir die Weihnachtsmärkte nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz weiterführen konnten und nicht in eine enorme wirtschaftliche Misere geraten sind. Ich danke auch dafür, sicherlich auch im Namen meiner Kollegen, dass wir die Weihnachtsmärkte in Berlin im Coronajahr 2020 durchführen konnten, wir waren nämlich in der Vorbereitung schon sehr weit, sodass sich große wirtschaftliche Verwerfungen ergeben hätten. – Herzlichen Dank! Das waren meine kurzen Ausführungen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Laubinger! – Als Nächster Herr Roden! Sie haben das Wort.

Michael Roden (Schaustellerverband Berlin e. V.): Recht schönen guten Tag! Danke, dass wir heute hier im Wirtschaftsausschuss vorsprechen dürfen! Mein Name ist Michael Roden. Ich bin Vorsitzender des Berliner Schaustellerverbandes und fast 40 Jahre Mitglied im Vorstand, habe also eine ganze Menge in unserem Gewerbe mitgemacht, gerade hier in Berlin. Wir sind ja, Sie wissen es vielleicht, seit 2000 Mieter des Zentralen Festplatzes, also gute 23 Jahre. Der Senat hat knapp 7 Millionen dort in die Infrastruktur investiert. Der Schaustellerverband hat noch mal gut 1 Million dazugepackt. Wir haben mittlerweile eine Infrastruktur mit Abwasser, Zuwasser, Strom, Haltestellen und mittlerweile auch Parkplätzen und machen dort drei große Veranstaltungen. Wir haben also unseren Platz schon gefunden, und ich glaube, unser Publikum hat den Platz auch gefunden. Wir haben einen guten Besucherstrom auf dem Platz. In der Coronazeit haben wir Hand in Hand mit dem Bezirk Mitte gearbeitet und als Schausteller dafür gesorgt, dass dort Teststellen eingerichtet wurden, übrigens alles kostenlos für den Bezirk. Wir haben Zelte aufgebaut und unterstützt, wo wir konnten. Wir haben dafür gesorgt, dass der Platz hergerichtet wurde. Wir haben ihn zur Verfügung gestellt, alles unentgeltlich.

Wir arbeiten seit Langem daran, dass unsere Zukunft auf dem Zentralen Festplatz gefestigt wird. Wir haben bei uns einen Generationswechsel, unsere Kinder sind unsere Nachfolger, und einen Investitionsstau. Wir können nicht mehr investieren. Der Vertrag geht noch bis 2028. Wir wissen nicht, was mit uns passiert. Wir hatten vor Kurzem, als Frau Giffey noch Regierende Bürgermeisterin war, eine Festigung, da war die Freude sehr groß, sogar eine schriftliche, dass der Zentrale Festplatz in die Hände des Schaustellerverbandes geht und wir in Berlin dafür sorgen, dass das älteste Gewerbe weiterhin hier gastieren darf und die Bevölkerung, alle Nationalitäten, ein freudiges Erlebnis haben kann. Die Kinder können ein wirklich nettes Lächeln ins Auge bekommen. Wir haben sämtliche Familien dort, die sich wohlfühlen. Der Besucherstrom sagt es. Es ist einfach zu schwer, und der Kampf ist mittlerweile

nach so vielen Jahren fast am Ende, denn wir haben keine Argumentation mehr. Wenn die Stadt Berlin nicht merkt, dass unser Gewerbe gebraucht wird, dann muss das auch mal gesagt werden, dann sollen sie einfach mal dafür sorgen, bitte schön, dass hier in der Stadt Berlin andere Plätze für uns da sind. Auch das ist schwierig. Sie wissen alle, es gibt in Berlin nicht diese Größenordnung, wo wir gastieren können. Das heißt, es gibt sie schon, es gibt den Olympischen Platz, die Straße des 17. Juni, aber dafür Anträge zu stellen, ist fast aussichtslos. Wenn eine Großveranstaltung wie die EM, selbstverständlich ist das überregional, gemacht wird, dann sind die Plätze auf einmal frei, dann wird auf einmal gesagt: Alles klar! – Dann werden manche Hürden einfach weggeblasen. Dann gibt es auf einmal Verordnungen, die es für uns gibt, nicht mehr. Dann werden Situationen hergerichtet, wo wir sagen: Warum geht es da? Warum geht das nicht für uns?

Wir haben mittlerweile, wenn es noch kurz erlaubt ist, in Steglitz einen Zehnjahresvertrag für den Bäkepark bekommen, also im Grünen, im schönsten Park. Wir haben die Veranstaltung dieses Jahr 60 Jahre dort. Wir sind mit dem Bezirk sehr gut auseinander gekommen, wir haben sogar die zwei Pandemiejahre, in denen wir dort nicht gastieren konnten, hintendran bekommen. Man sieht also, es geht, obwohl es auch Auflagen gibt, wir mussten im letzten Jahr einen Bauantrag für unsere Veranstaltung stellen. Wenn Sie mal in Ihre Gesetze schauen, für öffentliche Veranstaltungen gibt es gar keinen Bauantrag, es gibt keine Gebührenverordnung und keine Statuten dafür, aber wir mussten es machen. Doch auch das hat der Berliner Schaustellerverband gemacht. Wir haben uns hingesezt, dicke Aktenordner angelegt und einen Architekten beauftragt, der viel Geld gekostet hat. Der Bebauungsplan gilt jetzt zehn Jahre. Wir mussten sogar eine Notbeleuchtung für die Steglitzer Festwoche einrichten, obwohl um 22 Uhr zu ist. Die Steglitzer Festwoche ist zu Pfingsten, es ist taghell, also jeder weiß, wie er da wieder rauskommt. Aber es musste umgesetzt werden, ein Faktor von, ich glaube, es waren 5 000 Euro. Wir blasen einfach Geld hinaus für Verordnungen, die gar nicht relevant sind.

Ich komme noch kurz zum Breitscheidplatz. Ich war bei dem Anschlag dabei. Ich habe ihn miterlebt und die Toten und Verletzten zugedeckt. Ich war mit dem Regierenden Bürgermeister vor Ort. Wir haben viel diskutiert und es Gott sei Dank hinbekommen, recht herzlichen Dank dafür an alle, dass unser Gewerbe dort nicht vergessen wurde und zugrunde gegangen ist. Wir haben es natürlich schwer gehabt, auch wir haben gesagt: Machen wir hier nach diesem Blutbad wieder auf? – Aber es war, glaube ich, für ganz Deutschland ein ganz großes Zeichen, sonst hätten viele Veranstaltungen nicht mehr stattgefunden. Das ist eine Situation, die uns natürlich stolz macht, dass man doch erkannt hat, dass die Menschheit dieses braucht. Das ist der Faktor, denken Sie daran, Kinder, Erwachsene, egal welcher Nationalität, wir sind das älteste Gewerbe, eine Großstadt wie Berlin braucht das. Es gibt die besten und schönsten Veranstaltungen auch in den kleinsten Dörfern, es sind Traditionsveranstaltungen. Unsere Traditionsveranstaltungen, lieber Wirtschaftsausschuss, sind gestorben, Herr Laubinger hat es gerade gesagt, Deutsch-Französisches, Deutsch-Amerikanisches Volksfest, Oktoberfest. Wir haben keine Sicherheit. Wir brauchen von Ihnen Sicherheit, dann können wir auch Veranstaltungen anknüpfen.

Noch ein kurzes letztes Wort zu dem Genehmigungsverfahren. Das Genehmigungsverfahren ist mittlerweile zu hoch. Nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz sind es, glaube ich, 18 Institutionen, die befragt werden, wenn eine Veranstaltung gemacht wird, auch wenn es eine kleine Veranstaltung für sieben Tage ist: BVG, Bewässerung, Grünflächenamt und weiß ich was. Wir haben sogar einen Baumbeauftragten für 15 Bäume auf dem Breitscheidplatz,

den wir bezahlen müssen. Das hat uns das Ordnungsamt auferlegt. Der kostet uns 3 500 Euro. Der geht jede Woche einmal durch und guckt, ob wir einen Baum kaputt gemacht haben. Wir sind 40 Jahre auf diesem Veranstaltungsplatz. Wir haben die Bäume dort mit gepflanzt und sie wachsen sehen. Wir, unser Gewerbe, passen auf das Material auf. Der ganze Ku'damm ist voller Bäume. Da gibt es keinen Baumbeauftragten, aber wenn wir da stehen, gibt es einen Baumbeauftragten. Dazu könnte ich noch lange weiter ausführen. Das muss irgendwo mal ein Ende haben. Wir wollen einfach nur mit unseren Familien dafür sorgen, dass wir Menschen glücklich machen und unsere Familien mit unserem Gewerbe ernähren können. – Recht schönen Dank, dass ich hier heute vorsprechen durfte!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Roden, für Ihre Ausführungen! – Dann Herr Wollenschlaeger, bitte sehr!

Thilo-Harry Wollenschlaeger (e.Kfm.): Die Letzten beißen die Hunde. Erst mal vielen Dank für die Einladung, dass ich heute hier sein darf! Herr Vorsitzender! Frau Senatorin! Zu meiner Person: Ich bin Schausteller in der fünften Generation, die sechste wächst gerade heran. Wir erneuern uns gerade, man darf heute nicht mehr so laut Schausteller sagen, das sind neuerdings Eventmanager. Die Tochter hat gerade ihren Master gemacht. Aber ich muss trotzdem ein bisschen schmunzeln und mich den Worten meiner Vorredner anschließen, wir wollen unsere Wurzeln nicht verlassen und verleugnen, wir wollen unseren Stellenwert auch in den nächsten Jahren in dieser Stadt haben. Dazu können Sie eine Menge beitragen, in dem sich die Stadt öffnet. Der Zentrale Festplatz ist nicht das Allheilmittel in der wachsenden Stadt. Die Flächen werden immer mehr bebaut, aber wenn man genau hinguckt, haben wir eine Menge Flächen. Wir haben den Vorplatz vor dem Olympia-Stadion, die Straße des 17. Juni wurde angesprochen. Wir haben Flächen bei der Messe Berlin. Wir hören aber immer nur, dass es nicht geht, und das macht uns natürlich unzufrieden, und die Sorge um die nächste Generation ist natürlich da.

Wenn ich die allgemeine Diskussion heute höre, Viertagewoche, nein, wir sind sieben Tage da. Wir wollen auch nicht eine Stunde weniger arbeiten, wir wollen länger arbeiten. Herr Roden hat es eben angesprochen, wir haben kürzlich zu Weihnachten die Situation erlebt, dass wir Auflagen erhalten haben, die Veranstaltung um 20 Uhr zu schließen. Erklären Sie das doch mal einem normalen Menschen! Die Weihnachtsmärkte machen um 22 Uhr zu, aber der Achterbahnbesitzer muss um 20 Uhr schließen. Das ist ein heißes Thema. Wir haben zwei Dinge: Flächen, die wir haben, zu denen sich die Stadt nur erklären muss, und das Zweite sind diese zunehmenden bürokratischen Hürden, mit denen wir zu kämpfen haben.

Ich bringe eine ganz aktuelle Sache von zu Hause mit, ich bin sozusagen nur der Ausrichter, gar nicht der Veranstalter. Da gibt es ein altes Fest in der Gartenstadt Staaken, also im Bezirk Spandau. Das gibt es seit 72 Jahren. Plötzlich ist diese Veranstaltungsfläche mit den entsprechenden Fahrzeugen bis 7,5 Tonnen nicht mehr befahrbar. Nach 72 Jahren fällt einem ein: Ach übrigens, funktioniert nicht mehr! – Ich muss mich ehrlich fragen: Wo sind wir? Was machen wir? – Dann geht die Geschichte weiter. Wenn man versucht, das Gespräch zu suchen, dann taucht der eine oder andere ab und ist auf einmal nicht mehr erreichbar. Ich muss Ihnen sagen, ich persönlich finde das höchst bedenklich. So, wie es Herr Laubinger und Herr Roden gesagt haben, wird man unsere Branche ausradieren, und das möchten wir nicht. Aus diesem Grund hoffen wir auf Ihre Unterstützung.

Vielleicht noch ein grundsätzlicher Gedanke, was Herr Laubinger vorhin auch kurz angesprochen hat: In anderen Städten wird diese Art von Veranstaltung, wie wir sie für Sie organisieren, von der Stadt organisiert, die 9 900 Volksfeste wie das Münchner Oktoberfest. Wir Berliner gucken immer neidisch zum Hamburger Dom, zum Heiligengeistfeld. Wir wollen nur die Flächen und nehmen Ihnen die Arbeit ab. Ich habe Ihnen eben zugehört, Frau Senatorin, Existenzgründerdarlehen und dieses und jenes. Nein, wir sind diejenigen, die nachher auch das Geld in die Kasse spülen, weil wir die Besucher mobilisieren und am Ende Freizeit zum Vergnügen machen. – Danke vielmals!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank auch an Sie! Vor allem vielen Dank, dass Sie Ihre Statements so präzise abgegeben haben! Das ist hier in dem Ausschuss nicht immer üblich. Dafür herzlichen Dank! – Wir machen es so, dass die Senatorin Frau Giffey als Erstes ein Statement für den Senat abgibt. – Bitte!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank! – Man muss es ja sagen, lieber Herr Laubinger, lieber Herr Roden, lieber Herr Wollenschlaeger, wir haben heute im Ausschuss wirklich die Größen des Berliner Schaustellergewerbes zu Gast. Ich habe Ihre Arbeit für unsere Stadt über viele Jahre aus unterschiedlichen Blickwinkeln begleitet, auch noch als Bezirksbürgermeisterin, und ich kann der Arbeit nur riesengroße Wertschätzung entgegenbringen, die Sie für unsere Stadt leisten und für die vielen Tausend Menschen von klein bis groß, die Sie über die vielen Jahre immer wieder bewegt haben und die diese Feste mit großem Herzen lieben. Meine eindrücklichste Erinnerung daran war immer unser Plakatmalwettbewerb für die Neuköllner Maientage, wo wir die Neuköllner Kinder aufgefordert haben, ihr Bild von den Maientagen zu malen. Da sind so viele Kindheitserinnerungen, so viele Emotionen und die schönsten, buntesten Farben. Das sind die schönsten Erinnerungen, die wir unseren Kindern dabei schenken. Das berührt sehr.

Ich finde, bei allen technischen Fragen, die wir heute zu beantworten haben, ist es sehr wichtig, am Anfang noch mal zu sagen, dass Sie wirklich einen ganz wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass sich Menschen in unserer Stadt wohlfühlen, dass sie schöne Erlebnisse und Erinnerungen haben und dass Menschen sich begegnen und zusammenkommen können, auch Menschen, die vielleicht nicht in die Oper gehen und andere Kulturangebote nutzen, die dann aber auf den Volksfesten einen Ort haben, wo sie feiern können, eine schöne Zeit haben und mit anderen bezahlbar, leistbar und einfach zugänglich zusammenkommen können. Das ist ein unschätzbare Wert. Insofern will ich ganz klar sagen, und das ist die Grundfrage, die bei allem, was Sie geäußert haben, mitschwingt: Es geht schon auch um die Wertschätzung der ganzen Branche insgesamt, die wir auch als Landesregierung zu erbringen haben und die wir erbringen wollen. In diesem Sinne ist für uns ganz klar: Das Schaustellergewerbe gehört zu einer lebenswerten Stadt. Es gehört zur Stadtkultur. Es hat eine große Tradition, das haben Sie schon ausgeführt, es ist aber auch ein extrem wichtiger wirtschaftlicher Faktor für Berlin. Es ist klar, dass wir mit diesen Festen auch die Vielfalt unserer Stadt abbilden wollen, bei denen es keine Rolle spielt, welche soziale Herkunft jemand hat.

Es ist notwendig, dass die Flächen auch zur Verfügung gestellt werden, die dafür erforderlich sind. Was die Flächen angeht, sehen wir, dass es schwieriger geworden ist. Es sind weniger Flächen da. Es gibt viel stärkere Nutzungskonflikte, was Natur- und Klimaschutz angeht, Konflikte, die teilweise auch aufgemacht werden, also die Story mit dem befahrbaren Weg kannte ich noch gar nicht. Das ist offensichtlich eine Bezirksamtsentscheidung. Das ist für

mich erst mal nicht nachvollziehbar. Ich würde Ihnen anbieten, dass wir das noch mal nachhalten, auch mit dem Bezirksbürgermeister, wie man darauf auf einmal kommt, denn die Lage im Stadtgebiet hat sich ja nicht verändert, also nicht erkennbar. Das würden wir noch mal nachhalten.

Ich glaube, ganz entscheidend ist natürlich die Perspektive für den Zentralen Festplatz. Das hat Herr Roden auch ausgeführt. Wir sehen es so, dass diese Fläche essenziell und existenziell für die Schaustellerinnen und Schausteller und für die Erhaltung der Branche ist. Sie wissen auch, dass zeitgleich im Stadtentwicklungsplan Wohnen die Überlegung enthalten ist, dort gegebenenfalls Wohnraum zu schaffen. Das wird auch in den aktuellen Richtlinien der Regierungspolitik als eine Fläche mit genannt, aber immer unter einer Voraussetzung: Auf diese Fläche wird nur dann zugegriffen, wenn ein Ausweichstandort, der für die Bedürfnisse der Schaustellerinnen und Schausteller adäquat ist, zur Verfügung steht. Und diese Flächen sind schwer zu finden, das muss man ganz klar sagen, wir haben hohe Flächenkonkurrenzen. Wir haben im Wirtschaftsausschuss letztes Mal über die Windenergiepotenzialstudie gesprochen, da geht das auch um freie große Flächen. Auch da ist es sehr schwierig, wir haben eben überall Nutzungskonflikte.

Wir haben in meinem Haus im Hinblick auf diese Frage, ob es geeignete Ausweich- und Ersatzflächen gibt, in den letzten Monaten eine sehr umfangreiche Abfrage mit einem detaillierten Fragenkatalog in Richtung aller zwölf Bezirke gestartet. Ich habe das bei den Bezirksbürgermeistern auch in der Runde der Wirtschaftsstadträte angesprochen. Wir haben sehr ausführlich darüber gesprochen und auch mit den planenden Behörden bei SenStadt Kontakt gehabt und sehr intensiv nachgehalten, inwieweit die Identifikation von anderen geeigneten Flächen und Verortungsmöglichkeiten an anderer Stelle da sind. Ich muss Ihnen sagen, wir haben hier deutlich das Dilemma der Flächenknappheit, und wir haben in den Bezirken bisher keinerlei Möglichkeit, die Schaustellerinnen und Schausteller an einem anderen Ort unterzubringen. An dieser Stelle muss man dann eben ganz klar sagen, dann ist diese Bedingung nicht erfüllt, und dann ist der Verbleib der Schaustellerinnen und Schausteller auf dem Zentralen Festplatz ein Punkt, der für uns unumgänglich ist. Ich habe damals schon gesagt, wir können nicht einfach sagen, wir nehmen diese Fläche für Wohnungsbau und haben keine Alternative. Wenn wir eine Alternative hätten, klar, dann ist Wohnungsbau eine sehr wichtige Priorität in der Stadt. Da sind wir uns alle einig. Aber wir müssen in einer Millionenmetropole wie Berlin auch in Zukunft den Raum für das Schaustellergewerbe sichern. Das ist für uns in der Wirtschaftsverwaltung ein extrem wichtiges Thema. Da werden wir auch weiter dranbleiben.

Wir haben – und das haben Sie erwähnt – zum Thema Genehmigungsverfahren, bürokratische Hürden in der Tat ein paar Punkte, die wir als Wirtschaftsverwaltung problematisch sehen, und die liegen natürlich auch – und das ist sichtbar – in der teilweise sehr unterschiedlichen Umsetzung je nach Bezirk. Das wissen Sie auch, es gibt Bezirke, die sehr kooperativ und flexibel sind – ich kann das selber aus meiner 16-jährigen Bezirkserfahrung sagen, wir haben immer irgendwie einen Weg gefunden –, aber es gibt eben auch immer wieder Punkte – siehe Befahrbarkeit eines 72 Jahre lang genutzten Weges –, wo es schwierig wird. Wir bieten Ihnen an, wir haben regelmäßig mit den Bezirksbürgermeistern und Bezirksstadträten unsere Gesprächsrunden, diese Themen noch einmal anzusprechen.

Es gibt am Freitag eine nächste Runde konkret zum Thema Sondernutzungsgebühren. Das hat Herr Laubinger angesprochen. Es ist in der Tat nicht nachvollziehbar; wenn der Senat sagt, wir übernehmen die Kosten für die Sondernutzungsgebühren, wir übernehmen, dass das für unsere Gewerbebetriebe in den Bereichen Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel, aber auch bei den Schaustellern erstattet werden kann, dann ist das ganz gezielt eingesetztes Geld, um ein Stück weit Hürden und Belastungen zu nehmen. Wenn dann Bezirke sagen, das machen wir einfach nicht, dann ist das für uns nicht nachvollziehbar und auch nicht in Ordnung. Wir haben dazu am Freitag eine Runde – Michael Biel wird dabei sein –, um eine Lösung zu finden. Die Bezirke sagen, sie können es personell nicht leisten und machen es deshalb gar nicht, und das, finde ich, kann nicht das Argument sein. Dann muss man überlegen, wie man die Verfahren standardisiert, vereinheitlicht und vereinfacht, oder zumindest sagen, wir arbeiten daran, das dauert vielleicht noch ein bisschen. Das ist eine andere Aussage als: Wir machen es einfach nicht. – Darauf werden wir dringen, weil wir das als Ungerechtigkeit und Ungleichbehandlung empfinden, wenn es der eine Bezirk so macht und der andere so. Das ist kein verlässliches Verwaltungshandeln. Wir werden mit den Bezirken noch mal zusammenkommen, um ein einheitliches Vorgehen zu verabreden.

Es liegt vor allem in der Hand der SenMVKU, die das mit den Bezirken in den Stadträterunden ausverhandeln muss. Es wird jetzt darum gehen, wie wir ein Verfahren finden, bei dem wir uns einigen können, dass die Bezirke das machen und man gegebenenfalls schaut, wie wir bei der Standardisierung und Vereinfachung unterstützen können. Man kann ein Stück weit sagen, gut, es muss nicht alles in vier Wochen bearbeitet sein, aber wir müssen zumindest die Aussage haben, dass es gemacht wird, und das ist etwas, wofür wir uns auch in den nächsten Tagen und Wochen ganz stark einsetzen werden. – Das vielleicht erst mal zu den Punkten, die Sie angesprochen haben! – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Senatorin, für Ihr Statement! – Dann gehen wir in die Runde der Kollegen aus den Fraktionen. Wir fangen an mit dem Kollegen Hansel von der AfD-Fraktion.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Herren! Ich komme aus München, und Sie haben das Stichwort genannt: Oktoberfest. Das ist eine riesenfläche. Die Theresienwiese in München ist frei, das wird dann aufgebaut. Die Stadterrendite für München betrug 1,2 Milliarden Euro 2019. Wenn man sich Berlin von oben anguckt, dann sieht man eine ganz große Fläche mitten in der Stadt: das Tempelhofer Feld. Wir haben im Moment eine Debatte über das Tempelhofer Feld, auch Zielkonflikte. Einige wollen Wohnungsbau, der Naturschutz soll bleiben, aber es ist natürlich eine Fläche, über die man reden kann und reden sollte, wenn es darum geht, möglicherweise etwas Neues aufzusetzen, nämlich ein internationales Volksfest. Das muss nicht in Konkurrenz zum Oktoberfest sein, denn das gibt es über 100 Jahre. Wir haben alle die Filme gesehen, wie es sich historisch entwickelt hat. Das lässt sich nicht so einfach rekonstruieren und nachmachen, aber Berlin ist immer noch die Stadt in Deutschland, wo die meisten hinwollen. Wenn man so etwas mit einem bestimmten Motto vernünftig aufzieht – darüber kann man ja mal frei nachdenken –, dann bin ich sicher – Sie wissen alle, es kommen jedes Jahr 10 000, 20 000 Australier nach München, die das fest eingeplant haben –, wenn man so etwas etabliert und nachhaltig über eine Generation weiterdenkt, könnte ich mir vorstellen, ist das eine Überlegung, die vieles ermöglicht.

Der Zentrale Festplatz, wenn er bis 2028 läuft, kann dann da rüber. Man kann sicherlich eine Fläche so präparieren, dass die Anschlüsse da sind. Wir haben den Verkehrsanschluss, den S-Bahnhof Tempelhof. Man muss gucken, wo man das macht, damit es nicht in Konkurrenz zu anderen möglichen Dingen kommt, aber noch mal unser Plädoyer, wir haben uns schon länger überlegt, dass man dort tatsächlich einen neuen Ansatz machen kann und etwas für die Stadt rausholt, was neu ist. Ein schönes Motto kann man sich überlegen. Dazu kann man Umfragen machen, Frau Senatorin! Das wird ein ganz zentraler Punkt für den Tourismus nach Berlin. Ich plädiere dafür, dass Sie das, nur weil es von uns kommt, nicht sofort wieder ablehnen, sondern nachhaltig überlegen, was diese Fläche auch für dieses Gewerbe bedeuten könnte. – Das erst mal von uns! Wir wollen nur den Anstoß geben, weil wir die Problematik kennen: Wenn so etwas von uns kommt, dann wird es erst mal weggetan. Das sollten Sie nicht tun, sondern wirklich überlegen, wie die Möglichkeiten sind. Da kann man verschiedene Ansätze machen, aber die Fläche ist da, und ich glaube, es wäre ein großer Gewinn für Berlin, wenn man dort für die nächsten 30, 40 Jahre wirklich groß denkt und nicht immer sagt, was nicht geht. Leider war das bei Ihnen wieder so, Herzensworte für die Tradition, sehr schön, aber ich glaube, das reicht nicht, und wir haben dort gute Möglichkeiten. – Erst mal vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Dann der Kollege Gräff für die CDU-Fraktion!

Christian Gräff (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für die eindrücklichen Beiträge! Ich hätte dann anschließend noch ein paar Fragen. Vorab möchte ich der Senatorin zustimmen. Es gab mal andere Koalitionen, da haben, glaube ich, die Schausteller aus der Zeitung erfahren, dass sie weg sollen. Ich bin sehr froh, dass wir jetzt in diesem Koalitionsvertrag eine eindeutige Regelung haben: Entweder gibt es eine Ersatzfläche oder der Standort wird nicht, zum Beispiel für Wohnungsbau, freigegeben. – Herr Roden hat deutlich gemacht, es geht nicht nur um Wertschätzung. Ich glaube, das ist ein großes Thema für alle Unternehmerinnen und Unternehmer in der Stadt, gerade für die, wie man immer so schön sagt, kleinen, also Einzelhändler, Gastronomen, Schausteller, die unter Selbstaubeutung sieben Tage in der Woche in der Lottobude oder wo auch immer stehen. Es gibt am Ende des Tages schon auch ökonomische Fragen. Vielleicht können Sie da noch ein paar Beispiele aufzählen.

Das Thema Sicherheit wurde angesprochen. Die Kollegin hat es vorhin auch eingeführt. Ich glaube, dass wir aufpassen müssen, dass wir neben dem Thema Sondernutzung, denn es geht ums blanke ökonomische Überleben, die Hürden auch finanziell, zum Beispiel Sicherheitskonzepte, Sie haben das Thema Baumbeauftragter geschildert, nicht zu hoch schrauben, damit die Branche nicht ganz verschwindet und für uns erhalten bleibt.

Ich glaube auch, dass neben der Frage der Wertschätzung und der großen ökonomischen Frage die Flächen eine große Rolle spielen. Da wäre ich ausnahmsweise anderer Auffassung als die hochgeschätzte Senatorin, denn wir haben Flächen in der Stadt. Wir haben genug, man muss sich nur trauen, sie freizugeben. Es gibt sehr viele Flächen, die seit Jahrzehnten dafür verwendet werden. Da muss man nur mal den Mut aufbringen, bei den Bezirken zu sagen, wir machen das jetzt, wir entscheiden das und setzen uns vielleicht auch über den einen oder anderen Amtsleiter hinweg, die Senatorin kennt das ja auch, und geben diesen Platz für Schaustellerinnen und Schausteller frei. Mit Verlaub, wir finden immer einen Anwohner, der sich

beschwert, aber es ist die Aufgabe von Politik und nicht von Verwaltung, einen Ausgleich zu finden und eine Abwägung zu treffen. Ich glaube, das wird weniger gemacht.

Deswegen will ich noch mal auf das Thema Flächen eingehen, Herr Roden, Sie hatten es gesagt. Nehmen wir mal an, man würde zu der Auffassung kommen, das viele Geld, das der Senat und Sie selbst als Schausteller investiert haben, würde an anderer Stelle wieder investiert werden, gäbe es denn eine oder zwei Flächen in der Stadt, die gut angebunden sind, wo Sie sagen, das könnte schon – ich sage das jetzt mal unabhängig von Gesetzen und so – Tempelhof sein? Das ist auch keine Erfindung von Einzelnen, das ist ja Quatsch. Ist das zum Beispiel eine Fläche? Gibt es noch andere Flächen, wo Sie sagen, die sind dafür geeignet? – Das wäre meine erste Frage.

Meine zweite Frage an Sie alle: Das fand ich beeindruckend, Sie, Herr Roden, haben zu Recht gesagt, da wurde eine Baugenehmigung von Ihnen gefordert, das steht nirgends. Das ist etwas, das mich auch zunehmend ärgert, dass Dinge von Bezirksämtern zusätzlich frei erfunden werden. Können Sie noch ein paar Beispiele aufzeigen? – Ich glaube, wir als Parlament müssen uns noch mal gemeinsam mit dem Senat überlegen, wie wir ein Stück weit einen Riegel davor schieben, dass solche Dinge erfunden werden, oder wie wir ein Regelwerk schaffen, um es positiv zu formulieren, dass Veranstaltungen in Berlin – übrigens nicht zu allererst für die, das finde ich auch schön, die nach Berlin kommen, sondern für die Berlinerinnen und Berliner und für die Brandenburger oder die, die im näheren Verflechtungsraum wohnen, dass es für die möglich ist, in der Tat möglichst einfach zu Volksfesten in ihrem Kiez zu kommen. Also die Fragen Ersatzstandort und vielleicht einzelne Standorte und Regelwerk interessieren mich von Ihnen dreien. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege Gräff! – Als Nächste die Kollegin Wolff für die SPD-Fraktion!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Ich glaube, es ist wichtig, die Großveranstaltungen, diese großen Volksfeste, und die kleinen vor Ort, im Kiez zu unterscheiden. Es ist wichtig, dass wir hier ein Stück weit trennen, obwohl natürlich der Bedarf da ist, was Bürokratie und die Plätze angeht, gar keine Frage. Vielleicht können Sie trotzdem noch was dazu sagen, wie viele Volksfeste wir zum Beispiel 2023 insgesamt hatten. Ich habe bisher keine Zahlen von Ihnen gehört. Das hilft immer sehr, glaube ich, um Ihnen auch mal den Stellenwert zu geben, den vielleicht andere nicht kennen.

Die Begrifflichkeit Schausteller/Schaustellerin ist auch nicht mehr so bekannt. Ich glaube aber, das ist wichtig bei dem, was die Leute zwar erleben, gerade die jüngere Generation, was sie aber vom Begriff her gar nicht wissen, denn da kommen wir zu der Begrifflichkeit Eventmanagement. Da unterscheidet es sich ja eigentlich wirklich. Vielleicht kann jemand von Ihnen, vielleicht Herr Laubinger, die Begrifflichkeit Schausteller, Händler, Marktbetreiber – – Was unterscheidet da? Was ist da der Unterschied? Das finde ich wichtig, noch mal zu hören.

Es ist auch so: Um Vorurteilen, auch jüngerer Generationen, vielleicht solchen Märkte gegenüber, sage ich jetzt mal so frei heraus, entgegenzuwirken, zum Beispiel Mehrweg-/Einweggeschirr – – Ich bringe einfach mal dieses Thema rein und sage: Das kostet ja auch Geld. Was Sie an Maßnahmen betreiben müssen, hat ja sicherlich auch für Sie Auswirkungen, wenn das hier beschlossen wird. Vielleicht können Sie, Herr Roden, etwas dazu sagen: Was bedeu-

tet das eigentlich für Sie, wenn so etwas verändert werden muss? Was bedeutet das für Sie als Veranstalter, zum einen, aber was bedeutet das für Ihre einzelnen Händler/-innen oder Schausteller/-innen vor Ort? Denn es gibt ja auch Fahrgeschäfte, Mobilität. Ich denke, da wird sich was in der Begrifflichkeit unterscheiden.

Den Tourismus haben Sie vorhin angesprochen, Herr Wollenschlaeger! Wie ist das mit dem Tourismus? Ich denke mal, der ist ein wesentlicher Faktor. Wenn Sie jetzt sagen, der Festplatz ist für Sie so wichtig, ist die Lage des Festplatzes denn tatsächlich so zentral, oder würden Sie sagen, dass es schon einen Platz geben würde, den Sie bevorzugen würden, weil er noch zentraler ist? Das würde mich schon interessieren, weil wir sehr über die Plätze geredet haben, aber der Festplatz ist definitiv nicht zentral, jedenfalls nicht für die Menschen von den anderen Seiten der Stadt. Nun sind wir hier beweglicher, nichtsdestotrotz muss man fragen: Wie ist es dort mit dem Tourismus? Wie kommen Touristen dorthin? Wie ist der Touristenstrom? Denn ich könnte mir vorstellen, wenn ich die Sprachen, die auf den Weihnachtsmärkten gesprochen werden, alle mitbekomme, die kenne ich, glaube ich, gar nicht alle, das ist ja so vielfältig.

Eine Frage noch an Herrn Roden: Haben Sie als Verband eine Rückmeldung dazu bekommen, wie das mit dem Sicherheitskonzept ist? Das Sicherheitskonzept wurde damals aufwendig aufgestellt. Wird das von Ihnen auch finanziert, oder hat die Stadt was dazugegeben? Ist das Sicherheitskonzept heute weiter runtergefahren worden, weil sich die Lage verändert hat, oder sind Sie bei diesen Standards geblieben? Vielleicht kann man das auch mal in Zahlen packen. Ich glaube, für uns sind Zahlen manchmal nicht ganz unwichtig. – Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann haben wir den fraktionslosen Kollegen Dr. King, bitte!

Dr. Alexander King (fraktionslos): Danke, Herr Vorsitzender! – Auch danke an die Gäste! Der Wertschätzung, die von der Wirtschaftssenatorin ausgesprochen wurde, schließe ich mich natürlich auch an. Ich finde, Sie haben einige Fragen, die von den Anzuhörenden kamen, auch ganz gut beantwortet. Mich würde noch mal die Frage nach der Fläche interessieren. Mich würde interessieren, ob das bei Ihnen auch Zutrauen erzeugt, also diese Festlegung, dass man sagt, der Zugriff für Wohnungsbebauung erfolgt wirklich nur unter der Bedingung, dass es eine gleichwertige Ersatzfläche für den Festplatz gibt. Das klingt für mich erst mal sehr plausibel, aber mich würde interessieren, wie Sie das sehen, ob Ihnen das Vertrauen einflößt, dass Sie da eine gewisse Planungssicherheit haben. Vor allem würde mich auch interessieren, wie die Suche nach der gleichwertigen Ersatzfläche aussieht. Kommunizieren Sie darüber auch mit den Schaustellern? Wer bringt sich in diese Suche ein, und wer entscheidet zum Schluss, ob eine Fläche wirklich gleichwertig ist oder nicht?

Das würde mich noch interessieren, und von Ihnen auch eine Reaktion auf die unterschiedlichen Vorschläge, die es schon gibt. Vorhin kam das Tempelhofer Feld. Das hatte, glaube ich, Herr Gräff auch schon mal vorgeschlagen, das habe ich jedenfalls mal gelesen, aber da ging es, glaube ich, nur um die versiegelten Flächen. Sie denken jetzt vielleicht ein bisschen größer, wenn ich das richtig verstanden habe. Es gab auch andere Vorschläge, irgendwie am Rande vom Flughafen Tegel. Welche eigenen Ideen haben Sie für den Fall, dass es zu einem Umzug kommen könnte? – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann stehe ich selber auf der Redeliste.

Jörg Stroedter (SPD): Ich will mal mit der Frage des Standorts anfangen. Es ist so, dass Sie bis 2028 dort sind. Kollege King hat gerade das Thema Tegel angesprochen. Ich erinnere mich noch gut, mit Herrn Wollenschlaeger senior, dass das Deutsch-Französische Volksfest mal auf der anderen Seite war, wo jetzt Parkplatz, Autotraining, Golfabschlagplatz und tausend Ideen mal gelaufen sind. Das ist sicherlich im Rahmen der Planung, die jetzt vorgesehen ist, keine so gute Lösung. Wir haben mit Blick auf 2028 eine Zusage, die Kollege Gräff noch mal bestätigt hat, im Koalitionsvertrag. Was brauchen Sie für einen Vorlauf, um zu wissen, dass Sie sozusagen auf jeden Fall an dem Standort bleiben können? Sie haben auch Werbung und andere Dinge, die da eine Rolle spielen. Vielleicht können Sie dazu mal etwas sagen. Ich gehe auch in Richtung von Frau Senatorin Giffey. Wie ist Ihr Ansatz, bis wann eine Entscheidung schlichtweg fallen muss? Dass der Bezirk auf Bebauung drängt, dass der Stadtentwicklungssenator auch Interesse hat zu bauen, das ist ja bekannt.

Das zweite Thema sind Alternativstandorte wie zum Beispiel der Flughafen Tempelhof. Wir haben ja mal die Debatte um das neue Hertha-Stadion gehabt, an der Stelle, wo jetzt Ihr Platz ist. Ich habe von vornherein gesagt, das ist absurd, weil wir jetzt beim Hertha-Stadion einen hervorragenden U- und S-Bahn-Anschluss haben. Den haben wir da ja nicht. Ehe wir den gebaut bekommen, hätten dort schon Hunderte von Spielen stattgefunden. Also wäre der Standort nicht ideal. Ist er denn für Sie ideal? Kommen Sie damit klar, dass Sie eine Verkehrsanbindung haben, die nur teilweise positiv ist, aber teilweise eben nicht vorhanden ist? Das würde mich mal interessieren.

Dann ganz konkret die Tempelhof-Debatte! Es gibt zwei Fraktionen im Haus, die Tempelhof auf dem Status von jetzt einfrieren wollen, nämlich für immer, für die nächsten 100 Jahre. Die Koalition will das erkennbar nicht. Wir haben auch andere Ideen, Randbebauung und anderes. Wir haben gerade in der SPD-Fraktion darüber diskutiert. Ist denn Tempelhof ein Standort für Sie? Der ist verkehrsmäßig gut angeschlossen, auch U-Bahn-mäßig und so. Wie ist denn da Ihre Position?

Dritter Punkt, das ist vom Kollegen Gräff auch schon mal angesprochen worden, das Thema Sicherheitskonzept: Da hat sich enorm viel verändert. Die Sicherheitsanforderungen sind ja nicht kleiner geworden, die sind größer geworden. Ich glaube, es ist auch relativ realistisch, dass die immer noch größer werden. Das kann man bei Fußballspielen genauso sehen wie bei Veranstaltungen dieser Art, aber auch bei anderen öffentlichen Veranstaltungen. Vielleicht sagen Sie mal, was Sie dafür tatsächlich ausgeben, was Sie bewältigen können und welche Wünsche Sie da an das Land Berlin haben. Da gibt es immer so einen interessanten Punkt, das ist das Thema Polizei. Es gibt Städte, die immer gerne wollen, dass die Polizei vom Veranstalter bezahlt wird, und andere sehen das ein bisschen anders. Da würde mich auch noch Ihre Position interessieren.

Als letzter Punkt: Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist schwierig. Sie wird nach meiner Befürchtung auch noch eine Weile schwierig bleiben. Wir sind ja massiv in der Rezession drin. Ich bin der Letzte, der hier gut und gesund betet, denn das ist einfach nicht realistisch. Welche Auswirkungen hat das auf Ihre eigene Situation? Ist erkennbar, dass viele Leute jetzt doch den Gürtel enger schnallen und deutlich weniger ausgegeben wird, oder sehen Sie im-

mer noch, dass das Niveau, das wir vor der Coronapandemie hatten, also 2019, entsprechend erreichbar ist, oder geht es sogar noch weiter hoch, oder ist die Lage eher anders? Das würde mich auch noch interessieren. – Das soll es von meiner Seite aus sein.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Nun kommt der Kollege Wapler von Bündnis 90/Die Grünen.

Christoph Wapler (GRÜNE): Vielen Dank an die Anzuhörenden für die wirklich sehr eindringlichen Berichte! Ich glaube, es ist gut, dass wir uns hier heute mit der Lage und der wirtschaftliche Lage der Branche beschäftigen, die eine sehr wichtige ist. Da stimme ich Frau Wolff ausdrücklich zu. Jahrmärkte, Volksfeste haben alle eine soziale Bedeutung. Das ist genau das, was wir beim Einzelhandel auch immer sagen. Das sind Orte der Begegnung. Deshalb bin ich auch sehr dafür, die Vielfalt in der Stadt zu stärken. Ich komme auch aus einer Zeit, in der es tatsächlich in vielen Quartieren der Stadt viel mehr kleinere Feste als heute gab. Jetzt können Sie sie quasi an einer Hand abzählen. Ich habe, das muss ich auch sagen, bis jetzt in der Debatte schon viel Polemik mitgehört, die Ihnen, glaube ich, überhaupt gar nicht weiterhilft. Ihre Sorgen liegen meines Erachtens woanders. Das sind die Inflation, die hohen Energiepreise. Es ist allgemein die Frage: Wie viel Geld bleibt den Menschen bei steigenden Preisen noch übrig? Das hat auch etwas mit Mindestlöhnen et cetera zu tun. Das können sich hier viele von der konservativen oder rechten Seite hinter die Ohren schreiben.

Meine Fragen richten sich einmal auf die Beschäftigten. Das hatten Sie kurz angesprochen. Sie sagen, die würden auch sieben Tage in der Woche arbeiten. – [Zuruf] – Ich sage ja, es ist hier schwierig, eine sachliche Diskussion zu führen. – Sie haben aber sicherlich auch mit Personalmangel zu kämpfen. Da könnten Sie uns doch mal schildern, wie Sie mit dem Fachkräftemangel umgehen, wenn es solche Diskussionen wie um die Viertagewoche gibt. Dieser Diskussion müssen sich alle Unternehmen stellen und Sie sicherlich auch. Wie gehen Sie damit um, und was machen Sie, damit Ihr Arbeitsumfeld noch attraktiver wird?

Den Punkt mit dem Mehrweggeschirr habe ich wahrscheinlich nicht so richtig verstanden. Grundsatz und Prinzip müssen ja in Berlin sein, dass wir nachhaltige Veranstaltungen haben. Da, glaube ich, ist die Branche schon ein ganzes Stück weiter. Wenn ich mir die Weihnachtsmärkte anschau, da geht es in aller Regel um Mehrweggeschirr. Das ist sicherlich ein Punkt, wo auch investiert werden musste, wo dann auch eine Spüleinrichtung und alles Mögliche angeschafft worden ist. Also da hat sich die Branche tatsächlich auf den Weg gemacht. Die Frage ist: Wo sehen Sie weiteres Potenzial? Die Fahrgeschäfte zum Beispiel sind ja relativ energieintensive Apparaturen. Da sind viele Lampen dabei. Da kann man auch noch auf LED umstellen. Welche weiteren Möglichkeiten sehen Sie da?

Interessant finde ich auch die Idee eines zentralen Festes. Nun war ich auch schon mal in München beim Oktoberfest, und ich kann allen sagen, das ist nicht uneingeschränkt empfehlenswert, aber vielleicht könnten Sie noch skizzieren, was Sie sich darunter vorstellen oder was Berlin da machen kann.

Ansonsten: Ich war auf dem Breitscheidplatz. Wir haben mit Ihrem Stellvertreter Herrn Müller einen Rundgang gemacht. Da ging es auch um den Baumschutz, aber da ging es tatsächlich darum, wann das Nutzungstatut kommt, wann eine endgültige Gestaltung kommt, die sowohl Sicherheitsaspekten als auch ästhetischen Ansprüchen gerecht wird. Da bin ich auch sehr dafür. Da wartet der Bezirk offenbar auf einen Schritt, den der Senat tun muss. Die Sena-

torin kann vielleicht sagen, woran es nach ihrer Meinung hakt, denn dieses Provisorium haben wir jetzt schon seit vielen Jahren, und da ist nach wie vor nicht zu sehen, dass sich etwas tut.

Noch ein Punkt – Zentraler Festplatz: Ich kann mich an die Diskussion damals erinnern, das Schaustellergewerbe wollte da nicht so richtig hin. Damals hieß es, so richtig ideal liegt der Platz ja auch nicht. Und ein Wiener Prater ist es auch nicht. Ich habe Sie aber schon so verstanden, dass das im Moment Ihre Präferenz ist, dort endgültig zu bleiben, und dass Sie eine Verlängerung der Nutzung haben wollen. Der Vertrag läuft bis 2028. Dann ginge die Frage an den Senat: Ist eine Verlängerung beabsichtigt? Wird der Vertrag verlängert? Wenn Sie sagen, wenn es nirgendwo anders geht, bleibt es halt beim Zentralen Festplatz – das hat der Vorsitzende schon ganz gut angesprochen, die Stimmen, die ich vom Bezirk Mitte und aus der Senatsbauverwaltung höre – die haben da offenbar noch andere Vorstellungen. Haben Sie also diesen Punkt mit Herrn Gothe aus Mitte und mit Ihrem Kollegen Herrn Gaebler abgesprochen? Ist das eine abgestimmte Haltung des Senats, dass dann dort nicht gebaut wird? Denn da soll Platz für an die 2 000 Wohnungen sein, und das ist ja schon ein beträchtliches Wohnungsbaupotenzial. Haben Sie das ausdiskutiert? – So viel vielleicht erst mal von mir!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann der Kollege Valgolio für Die Linke!

Damiano Valgolio (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zum Zentralen Festplatz und zu der Flächenkonkurrenz ist, glaube ich, alles gefragt worden, das muss ich nicht auch noch fragen. Es bleibt mir die Zeit, dem Kollegen Wapler beizuspringen. Ich glaube, es ist völlig klar, dass der Kaufkraftverlust, den wir in vielen Teilen unserer Gesellschaft erleben, natürlich ein großes Problem auch für die Nachfrage ist. Das hören wir von vielen Menschen, die Kiezkneipen betreiben. Dass sich das auch auf den Rummel auswirkt, wenn die Leute nicht mehr genug Geld haben, da muss man, glaube ich, nicht Wirtschaft studiert haben, um das festzustellen. In die Richtung geht auch meine Frage an Sie drei. Wir hören vor allem von der Gastro-Branche, dass die mit Preissteigerungen zu kämpfen hat, Preissteigerungen bei Lebensmitteln, die sie nicht an die Endkunden weitergeben kann. Zudem besteht das Problem, dass sie keine Arbeitsbedingungen bieten kann, die dazu führen, dass sie das Personal halten kann. Deswegen meine Frage, ob das in Ihrem Bereich auch so ist. Darüber haben wir jetzt noch gar nicht gesprochen, sondern nur über die Flächen, aber das würde mich interessieren, wie Sie mit den Preissteigerungen bei Energie, Lebensmitteln und so weiter umgehen. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Zweite Frage: Ich komme vom Land, da gab und gibt es sehr viele Volksfeste, und da haben wir kein Problem mit Flächen, da gibt es genug Flächen. Trotzdem sterben dort auch die Volksfeste, weil die Leute nicht mehr so viel hingehen. Die gehen vielleicht schon noch hin, aber früher haben sie da eine Woche Urlaub genommen, wenn ein Fest war, und ein halbes Gehalt auf den Kopf gehauen, und das ist einfach nicht mehr so. Deswegen meine Frage, ob man das auch in Berlin feststellen kann oder feststellen muss, dass die Nachfrage zurückgeht. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, wie sich die Besucherzahlen bei den Festen, die es schon lange gibt, entwickelt haben und ob wir da feststellen müssen, warum auch immer, dass die Nachfrage und das Interesse der Menschen ein Stück weit rückläufig sind.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann haben wir die Kollegin Bozkurt für Bündnis 90/Die Grünen.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. Das war für uns sehr eindrücklich. Wir haben in der Tat nicht sehr viel mit Ihnen zu tun. Deshalb war das wirklich umso interessanter zu hören, wie es Ihnen so ergeht. Mein Kollege sagte eben schon, es ist in diesem Ausschuss wirklich schwierig, konstruktiv über Themen zu sprechen, ohne dass hämisch gelacht oder polemisiert wird. Wir haben eine SPD, die am Anfang dieser Legislatur beziehungsweise nach der Wahlwiederholung bekundet hatte, dass sie die Grünen überflüssig machen möchte. Jetzt haben wir gleichzeitig eine SPD, die lacht, wenn von Mehrweg gesprochen wird, während Sie schon viel weiter sind als die Kollegin, die meint, in dieser Runde darüber lachen zu müssen. Die Spitze sei mir erlaubt.

Ich möchte kurz auf das Thema Sondernutzungsgebühr eingehen. Der Senat hat den Erlass der Sondernutzungsgebühren für 2023 Ende des vorigen Jahres ohne Rücksprache mit den von der Entscheidung betroffenen Bezirksämtern beschlossen. Das macht es schwierig, weil die Rückzahlung, die dann gemacht werden muss, schlichtweg Geld und Personal kostet. Dazu gibt es ein Amtshilfeersuchen von acht Bezirksämtern. Das heißt, man hat sie nicht berücksichtigt und nicht mit ihnen gesprochen, und dann müssen sie Amtshilfe beantragen, um das leisten zu können. Der Erlass der Sondernutzungsgebühren für 2024 ist natürlich davon nicht betroffen, weil das funktionieren wird. Insofern verstehe ich, dass man das polemisiert und überspitzt, es ist nur faktisch nicht korrekt, das so darzustellen.

Es gibt eine Vorlage der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vom April 2023, die an den Hauptausschuss ging. Da spricht der Senator davon, dass Grundvoraussetzung für eine Flächenaktivierung, gemeint ist der Festplatz, eine politische Entscheidung ist. Und darüber muss entschieden werden. Die politische Entscheidung ist bislang noch immer nicht erfolgt. Sie werden hier auch gerade hingehalten. Es ist für Sie unklar, für uns auch, was nun mit dem Festplatz sein soll, ob er für Sie infrage kommt oder nicht. Der Stadtentwicklungsplan Wohnen wird fortgeschrieben, und da werden die Wohnungsbaupotenziale auch für den Zentralen Festplatz ausgelotet. Konkreter wird es nicht.

Dann heißt es im Neustart-Wirtschaftsprogramm der Senatorin Frau Giffey, dass nur dann Wohnungsbau in Betracht zu ziehen sein wird, wenn es einen gleichwertigen Ausweichstandort gibt. Das hatte sie eben auch noch mal erklärt, dass sie auch ganz ausführlich mit allen Bezirksämtern gesprochen und es wirklich ausgelotet hat. Das wussten wir, dafür hätte es diese ganzen Runden nicht gebraucht. Ich glaube, alle, die wir hier aus den verschiedensten Bezirken kommen, Sie einschließlic, wissen, dass wir eine wahnsinnige Flächenkonkurrenz haben und die Herausforderung nicht einfacher wird.

Dann hatte die Senatorin in Aussicht gestellt, dass es eine Potenzialanalyse geben wird, um darzustellen, welche Bedeutung Ihr Gewerbe für die Stadt wirklich hat, denn es hat eine Bedeutung. Das hat sich nicht mit ein paar Floskeln erledigt, sondern es braucht eine Analyse, um darzustellen, welchen Stellenwert Sie für die Wirtschaft dieser Stadt haben. Es wurde in Aussicht gestellt, keine Ahnung, übrigens mit einem Resilienzprogramm, das auf Coronarücklagen basiert und nach dem KTF-Urteil des Bundesverfassungsgerichts ehrlicherweise auf wackligen Füßen steht. Sei es drum! Jetzt ist die Frage an den Senat: Ist die Finanzierung der angekündigten Studie zur Zukunft der Schaustellerei durch das Resilienzprogramm gesichert? Das wissen wir nicht. Das würde ich gerne verstehen. Und geht das rechtlich überhaupt mit der Coronarücklage? Ist die Studie beantragt, wenn ja, wann liegt sie vor, wer macht sie,

wann wird sie ausgewertet und was genau möchten Sie untersuchen? Das würde ich gerne verstehen, denn wir wollen ja wissen, wie bedeutend die Schaustellerei für Berlin ist. Wir glauben, dass sie bedeutend ist, aber die Frau Senatorin beziehungsweise die Senatsverwaltung für Wirtschaft möchten das ja gerne unterstreichen. Warum? – Damit es, wenn es zu einer Flächenkonkurrenz kommt, nicht zu Ihren Ungunsten ausfällt, und das wäre richtig.

Wann wird die Senatorin die Konsequenz für den Standort Zentraler Festplatz eigentlich ableiten? Wann kriegen Sie denn die konkrete Information darüber? Wenn der Stadtentwicklungsplan Wohnen fortgeführt wird, sind Sie dann betroffen oder nicht? Kriegen Sie da eine konkrete Antwort oder nicht? Das wissen Sie gar nicht, wir auch nicht. Wann wird sich der Stadtentwicklungsplan Wohnen mit der Fläche beschäftigen? Oder wird den Schaustellern, also Ihnen, die Fläche schon voreilig weggenommen, obwohl das anders in den Richtlinien der Regierungspolitik steht? Das wissen wir nicht, Sie auch nicht. Dazu hätte ich gerne eine Antwort. Welche Alternativen gibt es eigentlich zum Festplatz? Hat der Senat was in petto? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Weitere Wortmeldungen sehe ich im Augenblick nicht. Dann gehen wir in die Beantwortungsrunde. – Herr Laubinger, Sie können starten, bitte sehr!

Hans-Dieter Laubinger (Laubinger Event GmbH): Die erste Sache, die ich sagen muss, eine Rückzahlung der Sondernutzungsgebühren ist eine einzige Summe. Und die kann nicht zurückgezahlt werden? Das ist ein großes Aufkommen? Das kann ich mir nicht vorstellen, denn wir sammeln. Es gibt feinste Unterlagen, wie diese Sondernutzung zustande gekommen ist. Man braucht nur den Weg zurückzugehen, und wir können genau diese Unterlagen vorlegen, wie wir es realisiert haben.

Nach dem Überfall, wenn ich das Wort gebrauchen darf, auf dem Breitscheidplatz haben wir unsere Sicherheitskonzepte sehr stark erweitern müssen. Für den Weihnachtsmarkt am Roten Rathaus, kann ich Ihnen sagen, sind circa 80 000 Euro angefallen. Nun sind natürlich auch einige Dinge als Investition ausgegeben worden, die man jedes Jahr wieder benutzen kann, aber die Hälfte, circa 40 000 Euro, bleibt schon übrig, die dieses Fest teurer gemacht hat. Wir haben Beton, Schleusen, Zählungen und zentrale Beschallung angeschafft, einen Sprecherplatz eingerichtet, der 30 Minuten nach einem Stromausfall noch funktioniert, und die Security verdoppelt. Wenn man das alles sieht, kann ich nur sagen, das ist schon ein Riesenpaket geworden. Wir haben es getragen, andere Veranstalter haben es eingefordert und, glaube ich, vor Gericht auch Recht bekommen.

Ich möchte etwas zu unseren Stromkosten sagen. Von dieser Strompreisbremse haben wir nie etwas mitbekommen. Der Strom lag damals, glaube ich, bei 0,60 Cent/kWh. Wir sind im Moment bei 0,64 Cent/kWh. Das ist unser Preis. – [Michael Roden (Schaustellerverband Berlin e. V.): Entschuldigung! Man muss sagen, dass er sich verdoppelt hat, wir waren bei 32!] – Ja, er hat sich verdoppelt, wir sind jetzt bei 0,64 Cent! – Ich kann Ihnen sagen, wir haben alle Möglichkeiten ausgenutzt, wir haben nur noch LED. Die Fahrgeschäfte haben bei den Antriebsmotoren reduziert. Da ist fast kein Potenzial mehr. Wir haben eine Eisbahn mit einer Dämmung nach unten. Wir haben Fühler im Eis eingebaut, damit wir nicht mehr nach der Umgebungstemperatur arbeiten, sondern nach der Eistemperatur. Also da gibt es auch nicht mehr viel. Ich sage Ihnen mal, was wir dieses Jahr an Strom bezahlt haben: 232 000 Euro

Stromkosten. Das ist, weiß ich nicht, eine Verdopplung gegenüber den Kosten vor drei, vier, fünf, sieben Jahren. – [Damiano Valgolio (LINKE): Das ist für den Weihnachtsmarkt am Roten Rathaus? – Michael Roden (Schaustellerverband Berlin e. V.): Ja, nur für den Weihnachtsmarkt!] – Genau! Und daraus resultiert so eine Art Verdopplung, und das ist, sage ich mal, auf alle Feste anwendbar. Man kann sagen, die Stromkosten haben sich verdoppelt, obwohl wir alle diese Maßnahmen ergriffen haben. Hätten wir das nicht gemacht, wären wir sicherlich schon in eine Phase hineingeraten, wo wir überlegt hätten: Lässt sich das noch realisieren?

Sie fragen: Wie kommen wir mit unseren Arbeitskräften zurecht? – Es ist nicht einfach. Wir haben einen festen Bestand. Jede Schaustellerfirma hat meistens einen festen Bestand, den man pflegt, den man gut bezahlt. Da spielt diese Schwelle Mindestlohn bei uns überhaupt keine Rolle. Und dann müssen Sie wissen, dass wir uns um diese Leute kümmern, dass wir ihnen auch gewisse Probleme wegnehmen, dass wir die bearbeiten, dass wir ihnen helfen, im Leben zurechtzukommen. Wir haben früher eine Riesenanzahl von Helfern gehabt. Die kommen ja aus einer solchen Situation, dass sie nicht gerade behütet aufgewachsen waren, sondern dass sie immer irgendwelche Probleme hatten, und wir haben uns um diese Probleme gekümmert. Deswegen hatten wir auch sehr gute Aushilfen. Früher konnte ich manchmal gar nicht arbeiten, wenn wir ein Fest aufgebaut haben, weil dauernd die Frage kam: Chef, hast du Arbeit? – Diese Frage gibt es gar nicht mehr, da war niemand, der fragt: Chef, hast du Arbeit?

Ich sage mal Fachkräfte in Führungsstrichen – unsere Leute müssen sehr vielseitig und belastbar sein und bestimmte Dinge können, ob Holz, Eisen, Strom, also alles fließt da ein. Wir haben keine Fachleute in dem Sinne, sondern wir sind gut ausgebildet. Wir pflegen unsere Leute, aber bei den Hilfskräften wird es sehr kompliziert. Wir haben teilweise polnische und rumänische Mitarbeiter, das sind, glaube ich, die Hauptentsendeländer.

Ich will noch etwas zu Mehrweggeschirr sagen. Wir sind bei den Getränken wirklich weit. Wir haben alle irgendwie ein System eingeführt, dass man so einen Getränkebecher in die Hand bekommt, der bepfandet ist, und den kann man überall zurückgeben. Das wird auch angenommen und klappt gut.

Jetzt müssen Sie sich einmal vorstellen, bei den Speisen, der eine hat einen Teller, der hat eine Schüssel, eine Schale in verschiedenen Größen, dieses System runterzubrechen, das ist nicht einfach. Nun schauen Sie mal bitte: In einer Drei-Meter-Hütte, genau da werden die feinen Sachen, die Spezialitäten gemacht, die nicht überall auf allen Märkten zu finden sind, und wenn man zu denen sagt, du hast jetzt Mehrweg zu machen, dann wird es wirklich kompliziert. Das ist eine Hürde, die wir noch meistern müssen. Da müssen wir neue Wege gehen und schauen, wie wir das machen.

Sie müssen sich Folgendes vorstellen: Der Weihnachtsmarkt am Roten Rathaus hat 155 000 Euro Sondernutzung bezahlt. Sie finden aber keine Wasserversorgung, keine Stromversorgung, keine Abwasserversorgung, nichts finden Sie vor. Das müssen Sie alles realisieren, und da spielt wieder diese Mehrweggeschichte hinein. Sie müssen also Lösungen finden: Wie kommen die Leute? Die Leute haben alle fließendes Wasser und permanent Strom, so ist es nicht, aber die müssten dann noch einen Platz einbauen zum Spülen und, jetzt kommt diese Geschichte, schmutziges Geschirr hat mit sauberem Geschirr auf einem gemeinsamen Tisch nichts zu suchen. Jetzt machen Sie das mal auf den drei Metern. Wenn wir denen sagen, du musst in Zukunft eine Fünf-Meter- oder Sechs-Meter-Hütte anmieten, dann kann es durchaus passieren, dass die Leute wirtschaftlich kein Interesse mehr haben. Das waren erst mal meine Ausführungen. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann Herr Roden, bitte!

Michael Roden (Schaustellerverband Berlin e. V.): Ich greife noch mal auf: Zentraler Festplatz. – Sie sagen, vielleicht ein Umzug oder wie auch immer, aber das muss auch erst mal gut überlegt sein und vor allen Dingen muss im Vorhinein erst mal eine Infrastruktur dafür geschaffen werden. Wir haben in den letzten Jahren 7 Millionen Euro beziehungsweise 8 Millionen Euro investiert. Wir haben Erfahrungen gemacht. Wir brauchten Zuwasser. Wir brauchten Abwasser. Wir brauchten Wege. Wir brauchten Zufahrten. Wir brauchten Stromversorgung. Wir haben unsere eigene Stromversorgung et cetera. Diese Infrastruktur hat mit uns zusammen der Senat beziehungsweise der Bund gemacht, um den Zentralen Festplatz so herzurichten, dass wir auch dementsprechend unsere Besucher dort empfangen und auch die gewisse Sicherheit dort geben können. Das sind nämlich die Auflagen unter anderem von dem Sicherheitskonzept.

Wenn wir darüber nachdenken, dass zum Beispiel nach 2028 ein neuer Platz – – Also für mich gibt es nur einen, das ist noch nicht mal das Tempelhofer Feld, denn da ist auch nicht so die richtige Infrastruktur, sondern das ist der Tiergarten. Der ist groß, und da kann man übrigens von oben auf die Mitte Berlins gucken. Da sind so viele Flächen und so viele freie Flächen. Ich habe vorhin gesagt, die Steglitzer Festwoche findet auch in einem Park statt, und der ist nicht anders als der Tiergarten. Darüber kann man übrigens mal nachdenken. Es gibt nichts anderes. Wir fahren in eine Grünfläche. Wir fahren da ordentlich wieder heraus. Die Struktur wird wiederhergestellt in den Parks. Früher waren wir auch bei den Kreuzberger festlichen Tagen. Das war auch im Park. Wir haben ganz viele Parkveranstaltungen gehabt. Ich glaube, in Staaken ist auch ein Park. Ist das richtig? Staaken ist auch ein Park und, und, und. Das wäre für mich ein zentraler Festplatz, der mitten in Berlin stattfindet.

Wo heute das Haus der CDU steht, das nannte sich früher Taverne, da war unser Zentraler Festplatz. Das war zentral, meine lieben Leute hier. Darauf haben wir ganz lange gewartet,

und dann mussten wir auch weg. Wir haben aber den Zentralen Festplatz so hergerichtet, den kann man auch nicht von heute auf morgen, wenn wir keine feste Strukturen haben, wieder umziehen lassen. Wissen Sie, der Umzug von einer Straße zur anderen war schon schwer genug. Wir haben ein großes Spektakel gemacht, um das in der Bevölkerung sozusagen festzusetzen. Danach haben wir bestimmt zwei, drei, vier Jahre eine Flaute gehabt, weil unser Publikum gar nicht wusste, wo wir sind. Wenn Sie einen Taxifahrer gefragt haben: Wo ist denn der Zentrale Festplatz? –, dann hat er gesagt: Kenn ich nicht, weiß ich nicht –, so nach Berliner Art, und so war es bei der Berliner Bevölkerung.

Jetzt haben wir eine Situation, noch mal zu der Struktur und Bevölkerungsmaßnahmen: Wir haben einen guten Besuch auch im letzten Jahr, müssen wir feststellen, das habe ich vorhin auch noch mal betont. Wir haben wirklich einen guten Besuch. Die Leute wissen, wo der Zentrale Festplatz ist. Wir haben auch ein paar Parkplätze eingerichtet. Wir haben uns mit unseren Nachbarn zufriedengegeben. Wir haben uns geeinigt. Sie haben sozusagen ein gutes Verhältnis mit uns. Wir dürfen sogar noch ein Feuerwerk abbrennen, was wir in Steglitz übrigens nicht mehr dürfen, weil zu der Zeit die Brunstzeit eines besonderen Vogels ist. Das könnte ihn erschrecken. Auch da ist uns zum Beispiel so ein Aufmaß entgegengefallen. Aber der Zentrale Festplatz – gerne, sehr gerne, aber als Erstes muss dazu eine Struktur her, eine Maßnahme, dass die Bebauung beziehungsweise die Infrastruktur dafür auch gegeben ist. Wir können nicht wieder von vorne anfangen. Dann ist unser Gewerbe hier hinten runtergefallen, das kann ich Ihnen nur sagen.

Noch zu dem Thema Kosten, Sicherheitsmaßnahmen: Das ist ein Thema, wo man sagt, okay, bevor es nach dem Anschlag sozusagen gefordert worden ist in Größenordnungen. Unser Sicherheitskonzept zum Beispiel für den Breitscheidplatz oder für den Zentralen Festplatz hat, glaube ich, 45 DIN-A-4-Seiten, nicht großgeschrieben, sondern klein. Wie Herr Laubinger vorhin schon gesagt hat. Megaphon, wir müssen jemanden hinsetzen, im Falle, dass irgendetwas brennt. Wir müssen eine Beschallungsanlage haben und, und, und. Die Sicherheitsmaßnahmen sind so hochgegriffen. Zum Beispiel auf dem Breitscheidplatz ist es so hoch, dass wir vor zwei Jahren ein Ausmaß an Sicherheitskosten nur für unsere Security von 240 000 Euro auf dieser Veranstaltung hatten. Dieses Jahr konnten wir es etwas abspecken und sind bei 135 000 Euro. Das ist nur die Sicherheit. So eine Veranstaltung beinhaltet den Kostenfaktor über 1 Million Euro auf dem Breitscheidplatz. Wir beleuchten für unser Publikum ringsherum den Breitscheidplatz, nicht nur den Ku'damm herunter, davon wird immer gesprochen, aber ich habe gesagt: Wenn der Ku'damm nicht leuchtet, wir leuchten auf dem Breitscheidplatz.

Das hat den Inhalt, dass wir 80 000 Euro nur für die Außenbeleuchtung, die wir auf dem Breitscheidplatz machen, die übrigens in Berlin sehr gut ankommt und einmal in diesem Jahr komplett für 400 000 Euro neu gemacht worden ist. Das sind Gelder sozusagen, das war früher die Hälfte, und das ist erst zwei Jahre her. Die Energiekosten sind so stark gestiegen, und es nimmt kein Ende. Wir müssen jeweils wieder darüber verhandeln, welcher KW in diesem Jahr sozusagen – – Wir wissen gar nicht, was passiert, wir sind noch nicht am Ende, wie hoch der KW in diesem Jahr überhaupt sein wird. Das sind Punkte, wo ich sage: Leute, das kann es nicht sein. Daran müssen wir arbeiten. Wir müssen Unterstützung haben. Wir brauchen Sie noch mal, was ich vorhin auch gesagt habe, um so eine Veranstaltung am Leben zu erhalten.

Bitte noch mal: Der Umzug muss dann wirklich jetzt, sozusagen heute, passieren, zumindest gedanklich, und die Infrastruktur für ein Festgelände irgendwo herzurichten, dass es dann dementsprechend auch für uns da ist. – Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Roden! – Dann Herr Wollenschlaeger!

Thilo-Harry Wollenschlaeger (e.Kfm.): Sie merken anhand dieser emotionalen Ausführungen, es ist ein bisschen wie bei den Bauern, wie bei den Spediteuren und den Schaustellern. Es brennt unterm Dach. Aber ich möchte einige Dinge versuchen hier noch mal so ein bisschen in eine Richtung zu lenken, denn wir haben auch manchmal unterschiedliche Meinungen. Sie wollten vorhin Zahlen haben. Wenn wir von dem Vorfeld auf dem Tempelhofer Feld sprechen, das eingezäunte Vorfeld, das ist nur ein kleiner Bruchteil vom gesamten Areal vom Flughafen Tempelhof, diese Vorfläche ist 240 000 Quadratmeter groß. Wir benötigen ungefähr 60 000 Quadratmeter, dann bleibt immer noch eine ganze Menge frei. Das ist das eine.

Ich sehe es ein bisschen anders als Herr Roden. Die Fläche könnte, wenn man möchte, morgen bespielt werden. Unsere Stärke als Schausteller ist es natürlich auch, wie wir es zu den Weihnachtsmärkten auch machen, temporär und nicht Millionen verbrennen. Ich weiß, wovon ich spreche. Mein Vater hatte damals diesen Zentralen Festplatz 2001 maßgeblich mit auf den Weg gebracht im Bezirk Wedding, und ich glaube, um auch noch mal einen Gedanken mit auf den Weg zu nehmen, das Allheilmittel ist für eine so große Stadt wie Berlin nicht ein zentraler fester Platz. Das bringen viele immer durcheinander. Ein Festplatz ist eine Veranstaltungsfläche, wo die Schausteller kurzzeitig gastieren möchten. Ein Zeitfenster wie auf der Theresienwiese oder auf dem Hamburger Dom, je nachdem, Zeitfenster 16 Tage bis vier Wochen.

Vielleicht auch da noch mal zur Erklärung, das war vorhin Ihre Frage: Was ist ein Schausteller? – Da kann ich Ihnen sagen, die gibt es bei uns kaum noch in Berlin. Das ist nämlich die große Wildwasserbahn, der große Free-Fall-Turm, ein großes Riesenrad, also intensive Betriebe, wo bei so einer Achterbahn mal 40, 50 Trailer anrollen. Das sollte man nicht verwechseln mit einem kleinen normalen Straßenfest, wo eine Hüpfburg steht. Das sind im allgemeinen nicht die Schausteller, sondern das sind die kleineren Schausteller. Wir brauchen also große Flächen – in Anführungsstrichen –, 40 000, 50 000, 60 000 Quadratmeter, wobei die Situation auch nicht neu ist. Das, was wir jetzt hier erleben, gab es schon mal nach dem Krieg. Warum sind die Schausteller in den Grünanlagen gelandet, im Viktoriapark in Kreuzberg, in der Hasenheide, in Weißensee, ich weiß nicht, wo noch überall? – Weil es keine Flächen mehr gab. Weil die Eckgrundstücke, die Trümmergrundstücke plötzlich bebaut worden sind. Da kann ich an die Grünen appellieren: Öffnen Sie sich dort, wenn Sie den Schaustellern helfen wollen! Temporär haben wir in der Hasenheide den Rasen wiederhergestellt und Baumschutz, wie es in Steglitz ist. Wir haben alles dafür getan.

Beim Thema Einweg, Mehrweg sind wir Vorreiter schon viele Jahre. Insbesondere die aufwändigen Schaustellergeschäfte, die oftmals in der Anschaffung sehr teuer sind, haben Spüleinrichtungen. Ich selber betreibe im Herbst ein großes Bierzelt. Da ist uns Plastik mittlerweile ein Fremdwort. Aber auch da kann ich Ihnen sagen, wir hatten dieses Jahr in Spandau zum Weihnachtsmarkt auch eine Situation, da hat eine Kollegin kleine Klopferflaschen herausgegeben, diese Feiglinge. Es gab einen Aufschrei. Man wollte uns am liebsten sofort die Lizenz entziehen. Erklären Sie das doch mal dem Kollegen! Gehen Sie dahin! Es war übrigens eine

ältere Frau, Frau Simmons. Sie kennen sie wahrscheinlich, Frau Giffey, eine ältere Dame. Da wird auf uns Spatzen mit Kanonen geschossen. Gehen Sie doch mal raus und gucken, was bei McDonald's oder Burger King los ist! Wenn Sie einen Burger essen, haben Sie anschließend einen Müllberg, der seinesgleichen sucht, und bei uns sucht man oftmals das Haar in der Suppe, das kleine Plastikrührstäbchen oder vielleicht das Holzstäbchen, das verboten ist. Das sind Dinge, die wir natürlich oftmals nicht verstehen. Wir sind immer diejenigen, die das von den Kollegen dann abbekommen, und müssen es dann leider an Sie weitertragen.

Ich glaube, eine ganz wesentliche Sache, das hatte Herr Gräff vorhin angesprochen, ist unter anderem das Genehmigungsverfahren, was den Lärm angeht. Wir haben die bekannte 18-Tages-Regelung. Wir müssen umfangreiche Lärmprognosegutachten in Auftrag geben, weil sich vielleicht ein Anwohner beschwert, zu Recht oder zu Unrecht. Vielleicht kommt er auch nach Hause und findet keinen Parkplatz und sagt: Da machen wir mal eine Eingabe wegen Lärm –, und dann muss man wieder Lärmmessungen vornehmen. Das ist natürlich für meine Begriffe auch nicht hinnehmbar, und da ist die Politik gefordert, vielleicht auch mal Dinge auf den Weg zu bringen.

Noch mal eine kleine Rolle rückwärts, wie der Herr Vorsitzende gesagt hat: Ich glaube, die Möglichkeit für die Zukunft für die Schausteller sollte sein, mehrere verschiedene Standorte in dieser Stadt zu sichern, was für meine Begriffe relativ leicht funktioniert, wenn man es möchte, und so war es von jeher, dass die Berliner durch die Stadt getingelt sind, weil der Zentrale Festplatz oben im Norden liegt. Ich weiß nicht, ob der von Leuten aus Marzahn angefahren wird oder aus Köpenick oder auch aus Neukölln. Das ist relativ weit weg. Auch da ganz konkret: Ich hatte mit Frau Remlinger während des Weihnachtsmarktes bei mir im Humboldt-Forum einen Termin. Sie hat auch gesagt: Es geht doch nicht, dass Ihr das ganze Jahr auf dem 17. Juni bleibt. – Das wollen wir doch gar nicht. 14 Tage, drei Wochen, Thema in Zusammenarbeit mit Kulturprojekte Berlin oder „visitBerlin“ Leute hierherziehen, die Schausteller sind glücklich, und wir machen am Ende auch die Leute glücklich.

Wir haben die Fläche Tempelhofer Feld angesprochen, die Fläche bei der Messe ganz konkret, P 12, der Parkplatz, wo es hochgeht zum Halensee. Wir haben den Vorplatz am Hamarskjöldplatz vor der Messe. Ich glaube, darauf hat der Senat auch Einfluss. Wir haben Flächen in Marzahn, oben Kienberger Weg. Das sind Dinge, glaube ich, wo man sich öffnen sollte und was unterm Strich am Ende ein gutes Geschäft wäre.

Am Ende muss man natürlich auch eines sehen: Diese Dinge müssen bezahlbar bleiben. In stürmischen Zeiten, in denen wir uns zurzeit alle befinden, Brot und Spiele. Die Menschen wollen für ein, zwei Stunden auf so einem Volksfest ihre Seele baumeln lassen, und am Ende muss diese Sache bei den vielen von Herrn Laubinger und Herrn Roden genannten Auflagen auch bezahlbar bleiben. Wenn irgendwann 10 Euro für eine Wurst dransteht und 10 Euro für einen Glühwein oder für ein Bier, dann können wir nichts mehr leisten, und am Ende sind wir diejenigen, die gar kein Geld dafür haben wollen. Wir wollen unsere Familien durchbringen. Wir wollen die Schaustellerei in die nächste Generation führen. Wenn Sie uns dabei unterstützen, wären wir alle glücklich, wie wir sitzen. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, auch für Ihre Beantwortung! – Dann Frau Senatorin Giffey, bitte!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank! – Ich kann daran anknüpfen. Ich möchte auch noch mal an dieser Stelle an Frau Bozkurt sagen: Es wäre schön, wenn das, was Sie beklagen, eine von Ihnen vorgeworfene Polemik, nicht auch selber von Ihnen genutzt wird in Ihren Redeaussführungen, denn das bringt uns alle nicht weiter. Ich habe deutlich gemacht, dass wir ein großes Interesse daran haben, genau die Branche auch zu unterstützen, dass wir auch konkrete Schritte dafür unternehmen. Sie haben einige sehr polemisch gestellte Fragen formuliert. Ich will mal versuchen, ganz sachlich darauf zu antworten.

Wir haben die Potenzialanalyse, die Studie zur Bedeutung des Schaustellergewerbes. Sachstand ist, dass für diese Studie in diesem Jahr 120 000 Euro Budget vorgesehen sind, dass wir uns in den Richtlinien der Regierungspolitik darauf verständigt haben, den Zentralen Festplatz nur dann für Wohnungsbau in Betracht zu ziehen, wenn eine vergleichbare Ausweichfläche für das Schaustellergewerbe gefunden wird, das ist sehr klar formuliert, auch dass wir uns für die Stärkung des Schaustellergewerbes einsetzen. Wir haben vorgesehen, dass im Rahmen unseres Neustartprogramms, das zu einem Resilienzprogramm entwickelt wird, genau diese Potenzialanalyse zur Bedeutung des Schaustellergewerbes, aber auch zur Frage von Flächenverfügbarkeiten als Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt gemacht werden soll. Die Ausschreibung dazu ist bereits geplant. Sie soll im dritten Quartal veröffentlicht werden. Wir gehen von einer Umsetzung im vierten Quartal aus, sodass wir das in diesem Jahr entsprechend umsetzen werden. Das ist eine sehr klare Haltung und auch eine sehr klare Planung, an der wir selbstverständlich arbeiten.

Zum Thema Erlass der Sondernutzungsgebühren: Ich will an dieser Stelle deutlich machen, dass das überhaupt kein neues Instrument ist, sondern dass wir im Zuge des Neustarts nach Corona im Jahr 2022 im rot-grün-roten Senat schon mal haargenau das gleiche Instrument verwendet haben und dass das damals auch von den Grünen mitgetragen war und übrigens die grüne Verkehrs- und Umweltsenatorin für die Umsetzung verantwortlich war. Das haben wir gemeinsam vereinbart. Da gab es nicht die Diskussion, dass das alles gar nicht geht. Mich verwundert es schon, dass plötzlich erklärt wird, das wäre alles so schwierig. Wir haben dieses Instrument schon mal genutzt, und wir haben uns auch damals schon nicht erfreut gezeigt, dass es in einigen Bezirken einfach nicht gemacht worden ist. Aber der Senat war in der Konstellation Rot-Grün-Rot und ist es auch jetzt in der Konstellation Schwarz-Rot sehr klar, dass wir hier eine Entlastung über die Sondernutzungsgebührenerstattung sehen. Ich kann wirklich Herrn Laubinger sehr gut verstehen, wenn er sagt: Allein vor dem Roten Rathaus 145 000 Euro. Wenn Sie sagen, Sie haben ungefähr 200 000 Euro Stromkosten gehabt, weil sich die Stromkosten verdoppelt haben. Wenn man bei den Sondernutzungsgebühren Ihnen das zurückzahlen würde, dann hätten Sie immerhin die Stromkostensteigerung halbwegs raus.

Das muss möglich gemacht werden. Ich kann das nicht akzeptieren. Das habe ich auch im Rat der Bürgermeister gesagt, als auch gesagt wurde, der Aufwand wäre viel zu groß, um da eine entsprechende Rückzahlung zu ermöglichen. Das ist ein ganz simpler Verwaltungsvorgang. Man sieht, wie viel hat Herr Laubinger gezahlt, nämlich 145 000 Euro, und die können zurückerstattet werden für den Zeitraum X, nämlich für diesen Weihnachtsmarkt, der im Dezember stattgefunden hat. Das kann nicht so schwer sein. Ich kann nicht akzeptieren, dass dann erzählt wird von den Bezirken, und ich war selber 16 Jahre im Bezirk, ich war Bezirksstadträtin, ich war Bezirksbürgermeisterin, mir kann keiner erzählen, dass man das nicht organisiert bekommt. Das ist eine Frage von politischem Willen und Prioritätensetzung. Ich erwarte, dass wir eine Diskussion führen, die das ermöglicht, auch mit den Bezirken. Ich kann

das nicht akzeptieren, dass man sagt, jetzt braucht man aber dringend Amtshilfe, weil man eine Rücküberweisung nicht tätigen kann. Das ist absurd. Insofern werden wir da noch einige Gespräche zu führen haben, aber man kann sich damit nicht einfach zufriedengeben.

Ich möchte noch mal auf die Flächenfrage eingehen. Die Flächenfrage hat sich auch noch mal auf die Perspektiven bezogen, die der Zentrale Festplatz hat. Ich will noch einmal kurz aus dem Koalitionsvertrag zitieren. Der Koalitionsvertrag sagt:

„Nur wenn ein gleichwertiger Ausweichstandort für das Schaustellergewerbe gefunden worden ist, wird perspektivisch der Wohnungsbau in Betracht gezogen.“

Es ist richtig, der Wohnungsbau ist in Betracht gezogen worden. Das steht im Stadtentwicklungsplan Wohnen und wird auch von unseren Stadtentwicklern, den stadtentwicklungspolitischen Sprechern entsprechend vorangebracht, aber es gibt diese Einschränkung. Selbstverständlich, wenn der Vertrag 2028 ausläuft, und es sind hier 70 000 Quadratmeter, über die wir reden, nur mal zum Vergleich: die Verkaufsfläche des KaDeWe hat 60 000 Quadratmeter, dann kann man sich das vielleicht auch mal ein bisschen vorstellen. Das ist also etwas größer ist die Verkaufsfläche des KaDeWe, über die wir hier sprechen. Es ist so, die Schausteller haben das auch schon ausgeführt, dass sehr viel investiert worden ist in die Infrastruktur, in sowohl Anschlüsse Be- und Entwässerung und auch Anbindung, Zu- und Abwegung, Entfluchtung und so weiter. Das heißt, das ist nicht so ohne Weiteres ein übertragbarer Ort, weil sehr viel schon investiert worden ist.

Unser Ziel ist, jetzt diese Potenzialanalyse abzuschließen, auch mit den Bezirken in einen Abschluss der Erhebung von Ausweichflächen zu kommen. Das wird sicherlich im Laufe des Jahres auch geschehen. Ich habe Ihnen gesagt, die Potenzialanalyse ist vorgesehen fürs dritte und vierte Quartal, und wenn das abgeschlossen ist, dann werden wir sehr genau eine dezidierte Analyse Ende des Jahres haben, die eine Aussage sachlich und fachlich darüber trifft, und wenn dann festgestellt wird, es gibt keinen adäquaten Ort, und das Tempelhofer Feld ist aus verschiedensten Gründen auch ausgeschieden. Ich kann auch noch mal gerne sagen, was noch alles in der Prüfung war und aus verschiedensten Gründen nicht zum Zuge kommen kann: Wir haben auf dem Tempelhofer Feld einmal das Vorfeld und einmal das Flugfeld. Wir haben den Spreepark im Plänterwald. Wir haben die Messe Berlin, Columbiadamm, Straße des 17. Juni, Maifeld, die Parkplätze vor dem Olympia-Stadion, den Uferweg am Treptower Park und auch Flächen der BIM. Das sind alles Punkte, die in der Prüfung sind, wo es auch dezidiert Abwägungen dazu gibt. Keine dieser Flächen, die in die nähere Prüfung gekommen sind, kann das bieten, was der Zentrale Festplatz im Moment bieten kann. Das müssen wir einfach schon jetzt feststellen.

Das bedeutet, dass wir jetzt auf das Endergebnis der Potenzialanalyse warten, und dann gehe ich ganz klar davon aus, dass es auch mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine Verständigung darüber geben muss, wann diese Vertragsverlängerung entsprechend dann auch erfolgt und die Schausteller da eine entsprechende Information bekommen. Natürlich muss das auch gemeinsam mit dem Bezirksamt Mitte erfolgen, dass auch in dem Vertrag mit drin ist. Diese Dinge müssen wir dann tun. Ich denke schon, dass wir zum Ende des Jahres 2024 erreichen sollten, dass wir da eine klare Perspektive geben können, was dann 2028 passiert. Das wäre die Zielrichtung. Die hängt natürlich auch von unseren Gesprächen mit der

Finanzverwaltung und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ab. Aber hier würde ich schon gerne diesen Ausblick für das Jahr 2024 geben wollen.

Ansonsten ist schon sehr viel durch die Schausteller beantwortet worden. Ich glaube, die Senatsfragen habe ich damit auch erst mal abgehandelt, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Ich habe jetzt noch weitere Wortmeldungen. – Erst mal die Kollegin Wolff für die SPD-Fraktion!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Erst mal war mir auch wichtig, dass wir die Begrifflichkeit noch mal geklärt haben, und deshalb noch mal vielen Dank an Herrn Wollenschlaeger, dass das noch mal geklärt wurde. Natürlich habe ich den Begriff Mehrweg vorhin aufgebracht, nämlich genau deshalb, damit Sie uns genau das dazu berichten können, und das war wenig polemisch gemeint, sondern ganz im Gegenteil. Ich bin eine von denen, die das Schaustellergewerbe nun wahrlich zu schätzen weiß und auch für extrem wichtig hält für die ganze Stadt. Das sollte man wirklich nicht unterschätzen, sonst hätten wir heute auch gar nicht diesen Besprechungspunkt, den wir hier gemeinsam einbringen. Insofern ist da, glaube ich, Polemik überhaupt nicht angesagt.

Ich muss auch mal dazu sagen, die Hasenheide ist ein Problem geworden, und ganz sicherlich nicht durch uns, sondern weil dort die Grünen gesagt haben: Ist nicht mehr. – Da wird auch eine Menge weggenommen, und wir merken das auch vor Ort in den Bezirken, gerade in den Grünanlagen. Wir kommen auf sehr widerspenstige Art und Weise natürlich auch dort sehr viel mit den Grünen aneinander. Ich glaube, da müssen wir uns hier ein bisschen vorsichtig geben, was das angeht. Ich auf jeden Fall bin da voll bei Ihnen. Ich denke, dass diese Platzsituation hier noch mal eine wichtige Frage ist. Die Frage des Vorlaufs würde mich aber trotzdem noch mal interessieren. Das hatte Herr Stroedter vorhin gefragt. Wenn wir bedenken, dass die Potenzialanalyse Ende 2024 sozusagen erst mal da ist, dann hätten wir noch drei Jahre Vorlauf. Ist das ausreichend für so etwas, oder wäre das schon schwierig? Ich möchte es einfach nur mal wissen, weil es drei Jahre sind. Was würde das für Sie bedeuten? – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann die Kollegin Bozkurt für Bündnis 90/Die Grünen.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es steht dem Senat nicht zu, Abgeordneten Handlungsnoten zu erteilen. Insofern möchte ich gerne den Ausschussvorsitzenden bitten, hier auch die Interessen der Abgeordneten zu vertreten und sachlich und neutral zu sein. Offensichtlich waren die Fragen nicht so polemisch, sonst hätten Sie ja nicht sachlich darauf antworten können. Insofern ist es doch super gelungen. Schade um die Anzuhörenden, die mitten in einem Kampf sind, warum auch immer, der eigentlich gar nicht zwischen uns ist. Es gibt keinen Streit. Der Stadtrat für Stadtentwicklung in Mitte ist SPDler. Der Bezirksbürgermeister aus Neukölln, so ich es weiß, ist auch von der SPD. Er hat auch Amtshilfe erbeten, weil er die Rückzahlung jetzt leisten muss. Es geht nicht darum, dass es zurückgezahlt werden soll. Nicht das ist die Problematik, sondern der Aufwand, der damit einhergeht.

Ich bin bei Ihnen. Ich finde auch, es sollte ein geringer Aufwand sein. Das ist es offensichtlich nicht, denn acht Bezirksämter haben Amtshilfe beantragt. Es gibt hier gerade keinen Streit zwischen Grünen und SPD. Ich weiß gar nicht, warum die Kollegin inklusive Senat gerade

einen aufzut. Wir haben alle Ihre Nöte und Sorgen verstanden und gehört, und ich glaube, Sie brauchen eine ehrliche Antwort. Das habe ich auch versucht zu sagen. Ich habe nicht versucht zu polemisieren. Ich wünsche Ihnen, dass Sie eine Antwort bekommen, die Ihnen nutzt. Das habe ich gerade nicht gehört. Alles was ich höre, ist in irgendeiner Art eine unsachgemäße Polemisierung, Aufbauschung. Wie gesagt, danke, dass Sie da sind, danke, dass Sie uns teilhaben lassen und die Problematik geschildert haben! Wir haben es verstanden. Ich hoffe, es kommt auch anderweitig an.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Frau Kollegin Bozkurt! Ich muss jetzt mal als Ausschussvorsitzender darauf antworten. Solange ich in diesem Parlament sitze, Sie sind ja noch relativ neu hier, kenne ich diese These nicht, dass der Senat nicht seine Meinung in einer Sitzung äußern darf. Sie müssen überlegen, ob Sie die Polemik vorhin nicht selber hineingebracht haben. – [Zuruf von Tuba Bozkurt (GRÜNE)] – Sie haben jetzt nicht das Wort, wenn ich Ihnen das mal sagen darf. – Das ist eher ungewöhnlich sozusagen, es steht auch den Abgeordneten nicht an, den Senat daran zu hindern, seine Meinung zu äußern. Das ist gemacht, und da wird es dann auch mal ein bisschen lauter. Das kennen wir aus dem Plenum und ist auch im Ausschuss hier so.

Deshalb können Sie von mir als Ausschussvorsitzendem nicht erwarten, dass ich da eine andere Haltung vertrete. Die ist gängige Praxis in diesem Parlament, und die werden wir auch nicht ändern. Was ich vom Senat erwarte, ist, dass die Fragen beantwortet werden und dass nicht ausgewichen wird. Da bin ich relativ streng in der Frage, aber eine Meinungsäußerung steht dem Senat auch entsprechend an. – Jetzt habe ich als Nächsten den Kollegen Wapler.

Christoph Wapler (GRÜNE): Es tut mir auch ein bisschen leid. Wir hatten diese Aufführung auch schon beim Einzelhandel, was genauso ein Thema ist, das sich für Parteipolitik überhaupt nicht eignet. Das gilt übrigens genauso für das Bezirke-Bashing, was die Rückerstattung angeht. Das ist ein uraltes Problem, und das wird von allen Bezirkspolitikerinnen und Bezirkspolitikern, egal von welcher Farbe sie sind, beklagt, dass der Senat Sachen verspricht, die die Bezirke dann liefern müssen. Also die Diskussion habe ich schon so oft gehört, und das hat auch nichts mit Parteipolitik zu tun. Wenn Sie CDU und SPD in den Bezirken fragen: Wie soll denn auf die Anwohnerinnen und Anwohner Rücksicht genommen werden? Was darf in Grünanlagen alles stattfinden? –, dann reden die auch anders als hier. Das ist so. Das ist die Realität der zweistufigen Verwaltung. Deshalb liegt diese ganze Polemik ein bisschen neben der Sache.

Eine Frage ist bei mir offengeblieben: Breitscheidplatz – wie geht es weiter? Ich weiß nicht, ob die Senatorin da informiert ist, aber wenn sie Informationen hat, dann wären wir dankbar, wenn sie sie mit uns teilt.

Beim Zentralen Festplatz habe ich jetzt schon eine Präferenz von Ihnen wahrgenommen, aber das wäre tatsächlich genau meine Frage: Die Debatte führen wir jetzt schon mehrere Jahre, wenn ich mich richtig entsinne, und der Pachtvertrag läuft 2028 aus. Die Anzuhörenden sagen, da sind auch weitere, mächtige Investitionen notwendig. Läuft uns da nicht die Zeit davon, oder meinen Sie, es reicht, dass Sie mit den Herren Gaebler und Gothe dann doch bis Ende 2024 eine Einigung erzielen können? Und warum dauert das so lange?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann frage ich: Gibt es jetzt noch weitere Wortmeldungen von den Fraktionen? – Das ist nicht der Fall. – Frau Senatorin! Möchten Sie noch mal Stellung nehmen? – Dann haben Sie das Wort.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Warum dauert das so lange? – Weil wir unter anderem eine Forderung, die ja auch von Ihnen gekommen ist, erfüllen, nämlich dass wir genau prüfen, ob es nicht doch einen Ausweichstandort gibt. Das habe ich ja ausgeführt. Es ist ja der Wunsch zu klären, ob das Wohnungsbaupotenzial, das auf dem Gelände des Zentralen Festplatzes liegt, gegebenenfalls genutzt werden kann. Um es zu nutzen, brauchen wir einen Ausweichstandort. Dieser Ausweichstandort muss natürlich geklärt werden mit allen zwölf Bezirken und mit dieser Potenzialanalyse. Ich habe ja schon einmal gesagt, dass wir das natürlich auch gründlich und gut machen wollen, um nicht den Vorwurf zu bekommen, das ist nicht ordentlich geprüft worden. Wir werden diese Potenzialanalyse und die Sachstandsanalyse machen, wie gesagt, in dem vorgesehenen Zeitraum, um das wirklich dezidiert und vernünftig und gut zu machen.

Wenn wir das Ergebnis haben, dann werden wir eine Entscheidung treffen, wie damit umzugehen ist, und das bedeutet, dass wir danach auch die entsprechenden gemeinsamen Schritte mit dem Bezirk und mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einleiten. Das eine bedingt das andere. Wenn es nach mir ginge, würde ich sagen, wir machen sofort die Verlängerung über 2028 hinaus, aber es gibt nun mal unterschiedliche Interessen in der Stadt, die eben auch berechtigt sind, und deshalb muss es gut abgewogen und gut geklärt werden. Sie sind doch die Ersten, die das dann auch fordern, davon gehe ich mal ganz klar aus. Insofern erfüllen wir hier einen Wunsch, der auch eine fundierte Abwägung braucht, und das machen wir. Ich gehe im Übrigen davon aus, dass mit dieser Perspektive der Schaustellerverband auch sehr gut umgehen kann. Wir sind ja auch im Gespräch genau dazu. Es gibt bis 2028 ja auch noch einiges an Zeit, was jetzt genutzt werden kann. Insofern steht ja nicht eine unmittelbare Kündigung bevor, sondern wir haben noch knapp vier Jahre vor uns.

Zum Breitscheidplatz ist mir nicht ganz klar, was Sie da fragen wollten, weil wir am Breitscheidplatz von der Perspektive her keine Veranlassung sehen, das, was da gerade jetzt passiert hinsichtlich des Weihnachtsmarkts und so weiter, infrage zu stellen. Ich habe jetzt noch nicht so richtig erfassen können, was Ihre Frage da ist. Vielleicht können Sie das noch mal konkretisieren. Das ist ja auch eine bezirkliche Sondernutzung, die erteilt worden ist. Wir begrüßen das natürlich. Wir schätzen sehr, was auch an Investitionen – Herr Roden hat es ja ausgeführt – gerade bei der Beleuchtung getätigt wurde – einmal der Betrieb der Beleuchtung, aber auch die komplette Erneuerung. Man hat es dieses Jahr wirklich deutlich gesehen, es ist

ja eine extreme Verbesserung. Das begrüßen wir natürlich sehr, und aus wirtschaftspolitischer Sicht halten wir es für absolut erforderlich, dass auch künftig am Breitscheidplatz dieser Weihnachtsmarkt betrieben wird.

Christoph Wapler (GRÜNE): Das kann ich gern präzisieren. Es ging nicht um das –

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Wapler! Machen Sie das Mikro noch mal aus! Wir üben das noch mal. So, jetzt hat die Senatorin beendet, und jetzt dürfen Sie gerne Ihre Frage stellen. – Bitte sehr!

Christoph Wapler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Möglichkeit einer Präzisierung! – Es geht tatsächlich um die dortigen Sicherheitsmaßnahmen. Das ist ja seit Jahren ein Provisorium. Das liegt auch an Hauptverkehrsstraßen, bei denen zumindest jedenfalls die Senatsverwaltung für Mobilität ein Wort mitzureden hat. Die Frage ist: Wann geht es da weiter? Wird da eine Gestaltung gefunden, die Sicherheitsaspekten und auch ästhetischen und praktischen Belangen gerecht wird?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für die Frage! – Dazu die Senatorin, bitte, noch mal!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): In die Frage der Sicherheitsmaßnahmen, der Straßenverkehrssicherheit und auch der Anordnung von Straßensperren oder Sicherheitspollern sind wir als Wirtschaftsverwaltung in keiner Weise einbezogen. Das ist eine Frage, die zwischen dem Bezirk und der SenMVKU geklärt wird. Aus wirtschaftspolitischer Sicht haben wir ein Interesse, dass der Markt und die Festlichkeiten, die dort veranstaltet werden, stattfinden und auch sicher stattfinden, aber die praktische, ganz konkrete Umsetzung, wie welcher Poller angeordnet ist, welche Straßenüberquerungen erfolgen, ist nicht in unserer Verantwortlichkeit. Deswegen kann ich Ihnen jetzt auch keine detaillierten Ausführungen zu eventuellen Änderungen machen.

Mir ist bekannt, auch aus den Gesprächen mit der Bezirksbürgermeisterin Frau Bauch, dass es im Nachgang der Amokfahrt, die wir leider 2022 auf dem Tauentzien hatten – Sie erinnern sich an die Schulklasse, die dort betroffen war, und an die Lehrerin, die zu Tode gekommen ist –, noch mal Diskussionen über das Verkehrssicherungskonzept gab und darüber, wie man das machen kann. Der Bezirk hat ja da auch Lösungen oder Vorschläge entwickelt. Wie jetzt der genaue Abstimmungsprozess mit der Senatsverkehrsverwaltung ist – da müsste ich Sie einmal an die Verkehrssenatorin verweisen, denn wir sind nicht involviert in dieses Verfahren.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gut. Vielen Dank! – Dann frage ich noch mal, ob es noch weitere Wortmeldungen, weitere Beantwortungswünsche gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann können wir den Punkt für heute abschließen. Ich schlage vor, dass wir wie immer in diesem Ausschuss üblich das Wortprotokoll abwarten und auswerten und erst danach eine endgültige Entscheidung treffen. Sind Sie alle mit dem Verfahren einverstanden? – Das ist erkennbar der Fall. Dann ist das so. Dann darf ich mich bei Herrn Laubinger, Herrn Roden und Herrn Wollenschlaeger bedanken für ihre Teilnahme heute an der Sitzung. Ich wünsche Ihnen weiter ein gutes Geschäft und dass die wirtschaftliche Lage sich positiv entwickelt und Sie weiterhin Erfolg haben. Sie haben ja alle eine lange Tradition und viel erreicht im Sinne der Stadt. Es

war sehr interessant, Sie heute hier im Ausschuss zu haben. Vielen Dank und guten Heimweg!

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1163
Drittes Gesetz zur Änderung des Übernachtungsteuergesetzes [0158](#)
WiEnBe
Haupt
- b) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1396
Erstes Gesetz zur Änderung des Übernachtungsteuergesetzes [0166](#)
WiEnBe
Haupt
- Vorabüberweisung –

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1195
Verzicht auf Strafverfolgung wegen der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel der BVG ohne gültigen Fahrschein [0161](#)
WiEnBe
Recht
Mobil(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.